



**FREIHEIT.
MACHT.
HANDEL.**

*Wohlstand
für Alle*

Sonderveröffentlichung der
Ludwig-Erhard-Stiftung



Rittal Foundation

Gemeinnützige Stiftung der
FRIEDHELM LOH GROUP



Zusammenhalt stärken. Zukunft fördern.

Wir wollen anstiften. Zu Zuversicht, zu Zukunft, zu Zusammenhalt. Deshalb wurde die Rittal Foundation gegründet. Weil wir Verantwortung leben, Zeichen setzen und Not lindern wollen. Weil wir die Verantwortung für unser Umfeld ernst nehmen.

Die Rittal Foundation unterstützt insgesamt 144 Förderprojekte in den Bereichen Bildung und Erziehung, Diakonie und Soziales, Kultur und Wissenschaft und Umwelt. Dabei konzentrieren wir uns auf Projekte in unmittelbarer räumlicher Nähe zu den Unternehmensstandorten. Dies ermöglicht es, die gesellschaftliche Entwicklung im eigenen Umfeld mitzugestalten und das Miteinander in der Gesellschaft zu stärken.

Mehr erfahren unter
www.rittal-foundation.de



BILDUNG & ERZIEHUNG

DIAKONIE & SOZIALES

KULTUR & WISSENSCHAFT

UMWELT

Rittal Foundation gemeinnützige Stiftung der FRIEDHELM LOH GROUP

FRIEDHELM
LOH
GROUP

Editorial

Im Spannungsfeld der Zukunft

Die Zeiten sind unübersichtlicher geworden. Was einst klar schien, verschwimmt. Der freie Handel galt als Garant für Wohlstand - inzwischen fürchten viele, er mache uns abhängig. Märkte sollten Wohlstand schaffen - jetzt werden sie als Bedrohung empfunden. Globalisierung versprach Fortschritt - inzwischen klingt das Wort oft nach Kontrollverlust.

Drei Begriffe stehen im Zentrum der Diskussion: Freiheit, Macht und Handel. Sie sind nicht nur Schlagworte, sondern markieren ein Spannungsfeld, in dem sich unsere Zukunft entscheidet. Wie viel wirtschaftliche Freiheit über Grenzen hinweg können wir uns leisten, ohne unsere politische Souveränität zu gefährden? Welche Macht brauchen wir, um in einer multipolaren Welt zu bestehen? Wie gestaltet sich der Handel, dass er weiter Wohlstand für alle Länder schafft, und welche Regeln brauchen wir? Und wie bestehen wir die Handelsrivalitäten, die den Markt aushebeln?

Diese Fragen sind nicht neu. Schon Ludwig Erhard rang mit dem Verhältnis von Freiheit und Verantwortung, von Markt und Staat. Seine Soziale Marktwirtschaft war der Versuch, wirtschaftliche Dynamik mit gesellschaftlicher Stabilität zu verbinden. Heute stehen wir vor Herausforderungen, die uns oft größer erscheinen als der Wiederaufbau eines durch Krieg zerstörten Deutschlands.



**Prof. Dr. h. c. mult.
Roland Koch,**
Vorsitzender der
Ludwig-Erhard-
Stiftung.

1953 veröffentlichte der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ein Buch. „Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt“ begann mit den Worten: „Der Außenhandel bedeutet für uns mehr als bloße Ziffern. Er ist zugleich ein Zeugnis unserer Bereitschaft und Fähigkeit zu harmonischer Zusammenarbeit mit der ganzen Welt.“

Das war damals das Ziel - und es sollte es auch heute sein. Allerdings, Geschichte wiederholt sich nicht, doch Muster sind erkennbar. Während die Koreakrise damals die Weltordnung erschütterte, hatte Deutschland ein sicherheitspolitisches Defizit, konnte aber gerade dadurch seine wirtschaftliche Stärke entfalten, weil es gefordert war, aktiv zum Welthandel beizutragen. Heute fordert der Ukraine-Krieg Europa. Anpassungsfähigkeit ist entscheidend - hin zu einer neuen Balance zwischen Offenheit und Sicherheit, zwischen Wettbewerb und Kooperation, zwischen dem Verfolgen nationaler Interessen und globaler Verantwortung.

Die Ludwig-Erhard-Stiftung hat Autoren mit großer Expertise und Erfahrungen gegeben, ganz unterschiedliche Aspekte des beschriebenen Spannungsfeldes zu beleuchten. Ich hoffe, die Lektüre gibt Ihnen neue Informationen, aber auch Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft, unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung, die auch in Zukunft sowohl Wohlstand als auch die Sicherheit unseres Landes gewährleisten kann.

Inhalt

IMPRESSUM

„Wohlstand für Alle – Freiheit. Macht. Handel.“; Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung in der Holderstock Media GmbH, München

Herausgeber

Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.
Johanniterstr. 8, 53113 Bonn

Redaktion

Salvatore Genovese

Dr. Patrick Opdenhövel (v.i.S.d.P.)
(Adresse wie Hrsg.)

Schlussredaktion

Renate Haen

Bild, Grafik, Produktion,

Chef vom Dienst

Katja Hösli, Dagmar Jaekel,
Astrid Larsen, Christine Schille

Verlag

Holderstock Media GmbH,
Seidlstr. 26, 80335 München

Geschäftsführung

Marion Lummer, Sonja Röner,
Dr. Frank-B. Werner

Anzeigen

Belinda Lohse (verantwortlich,
Adresse wie Verlag)
Tel. 089/24 4180-266;
belinda.lohse@holderstock-media.de

Druck

be1druckt GmbH
Emmericher Straße 10
90411 Nürnberg

Namensbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

© 2025 für alle Beiträge bei der Holderstock Media GmbH. Nachdruck (auch auszugsweise) nur mit Genehmigung des Verlags

Veröffentlichung gemäß § 8 Abs. 3

Bayerisches Pressegesetz

Gesellschafter der Holderstock Media GmbH, München: Entwurf Partner AG, Webergasse 21, CH-9000 St. Gallen (Verwaltungsrat Pascal Koch, Rechtsanwalt, St. Gallen), Marion Lummer, Sonja Röner (beide Anschrift wie Verlag)

3 Roland Koch – Editorial

Die Aufgabe der Stunde:
Frustrierte Kräfte wieder
neu wecken

6 Friedrich Merz

Ordnungspolitik als Kompass –
Deutschlands Verantwortung
für die Welt

10 David McAllister

Offene Märkte. Warum die
EU an der regelgebundenen
Politik festhalten muss

13 Zitate

Zeitgenössische und
historische Worte zu
Freiheit. Macht. Handel.

14 Veronika Grimm

Die Welt dreht sich ohne Rück-
sicht weiter – Europa muss
handlungsfähig bleiben

16 Grafiken

Wie Deutschland mit der Welt
verflochten ist

20 Nicolaus Heinen

Der Euro überlebt langfristig
nur, wenn Leistung wieder
zählt

22 Ulrich Blum

Politiker neigen zu vielfältigen
Eingriffen in den Markt. Eine
Rückbesinnung auf die Soziale
Marktwirtschaft wäre besser

24 Harold James und Markus Brunnermeier im Gespräch mit Ursula Weidenfeld

Kann sich Europa noch auf die
Vereinigten Staaten verlassen?
Ein Nationalökonom und ein
Historiker mit Einsichten und
Einschätzungen

30 Luise Hölscher

Eine neue Digitalpolitik muss
jetzt in Europa Handlungsfä-
higkeit schaffen

32 Stefan Kolev

Die Jungen denken ans
Auswandern. Die
Gesellschaft sollte das zu
Reformen anspornen

36 Kristina Sinemus

Deutschland kann Künstliche
Intelligenz. Jetzt muss es nur
noch wollen

38 Rafael Laguna de la Vera und Thomas Ramge

Pessimisten reden den
Innovationsstandort
Deutschland schlecht,
dabei kann er sich
durchaus sehen lassen

40 Hildegard Müller

Hohe Stromkosten und
Mikroregulierung machen
dem deutschen Auto-
mobilbau das Leben schwer.
Es braucht Reformen

42 Volker Wieland

Solange die heimische
private Ersparnis der USA
nicht ausreicht, ändern
Zölle nichts

44 Grafiken

Dienstleistungsbilanz, Kapi-
talverkehr, Handelsströme –
Mythen und Fakten

46 Roland Koch

Nach der Zeitenwende: Mit
Verteidigung die Wirtschaft
stärken

48 Sarna Röser

Wirtschaftlicher Erfolg
entsteht heute nur in
globalen Netzwerken

50 Ulrich Schlie

Vor dem Hintergrund drama-
tisch wachsender Spannungen
braucht es den Schulterschluss
zwischen Frankreich und
Deutschland mehr denn je

Für bessere Gespräche am Frühstückstisch

Zeit, das Handy
auch mal abzulegen.
Zum Beispiel hier.

GO REAL LIFE
Leb im Jetzt statt im Netz



Together we can

Deutschlands Verantwortung für freie Märkte – Ordnungspolitik als Kompass

Deutschland sei eine beispiellose Erfolgsgeschichte, resümiert **Friedrich Merz**. Die Bundesrepublik habe über viele Jahrzehnte den Beweis erbracht, dass eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die auf Freiheit ausgerichtet ist, Wohlstand und Zukunft für alle schafft

Ludwig Erhard schrieb einst: „Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch.“ Dieser Satz hat nichts von seiner Gültigkeit verloren, aber an Dringlichkeit gewonnen. Wir müssen heute konstatieren, dass unsere Wirtschaft sich in einer ausgeprägten und dauerhaften Strukturschwäche befindet – auch weil wir marktwirtschaftliche Prinzipien in der Vergangenheit immer mehr außer Acht gelassen haben. Gleichzeitig stehen wir vor der historischen Aufgabe, unsere Freiheit und den Frieden in Deutschland und Europa unter neuen Bedingungen zu sichern.

Wir erleben eine geopolitische Neuordnung der Welt und sind gefordert, ihr mit Gestaltungskraft zu begegnen. Es liegt nun in der geteilten Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Deutschland zu neuer Stärke zu führen. Die Bundesregierung stellt dafür die Weichen – auch indem wir den wirtschaftspolitischen Kompass wieder an den bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ausrichten.

Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

Gute und vernünftige Wirtschaftspolitik beginnt mit klaren Spielregeln für fairen Wettbewerb auf freien Märkten und mit Verlässlichkeit im Regierungshandeln. Diese von Walter Eucken formulierten ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen



Friedrich Merz
ist Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland
und Mitglied der Ludwig-
Erhard-Stiftung.

Marktwirtschaft müssen für uns wieder handlungsleitend werden. Denn Innovation und Wohlstand entstehen, wo der Staat nicht selbst Marktteilnehmer ist, sondern sich darauf beschränkt, einen Rahmen für wirtschaftliches Handeln und funktionierende Märkte zu stellen.

Für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung heißt das: Wir wollen die mitunter schwelende Kultur des staatlichen Misstrauens gegen die Privatwirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger beenden. Wir handeln im Vertrauen auf die Innovationskraft der Marktwirtschaft und auf die Aufrichtigkeit der Wirtschaftsteilnehmer. Wir bauen Büro-

kratie wirksam zurück, weil wir Bürokratieabbau nicht als Entrechtung verstehen, sondern als notwendige Wachstumsbedingung. Wir verstehen staatliche Subventionen nicht als neues Normal, sondern als in Zeit und Umfang zu begrenzende Ausnahme, die einem klaren Zweck folgen muss: bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen. Wir machen Finanzpolitik mit dem Ziel, dass sie marktwirtschaftlich motivieren soll.

Deutschland muss international eine Stimme sein für freie Märkte

Eine Rückkehr Deutschlands zu ordnungspolitischen Prinzipien wird auch international Vorbildwirkung haben. Gerade in einer Zeit, in der sich internationale Märkte neu an politischen Machtachsen ausrichten, in der protektionistische Reflexe und industriepolitische Detailsteuerung zusehends das Regierungshandeln prägen, braucht es Staaten, die an Prinzipien festhalten und sich positionieren: Für Offenheit statt Abschottung, für Regeln statt Willkür, für Fairness statt Machtpolitik.

Die ökonomische Entwicklung der Welt in den vergangenen Jahrzehnten hat bewiesen: Freier Handel ist kein Nullsummenspiel, er steigert vielmehr unser aller Wohlstand. Autarkie ist insofern keine adäquate Antwort auf geopolitische Unsicherheit und machtpolitisches Kräftemessen. Im Gegenteil: Autarkische

FOTO: DPA PICTURE ALLIANCE/GEISLER-FOTOPRESS/BERND LMENTHALER

Bestrebungen unterminieren die Innovationskraft und Effizienz, die aus Wettbewerb und globaler Arbeitsteilung entstehen.

Die Europäische Union gibt uns starken Rückhalt bei der Aufgabe, freie Märkte zu erhalten – und damit Prosperität, Freiheit und Frieden in Europa. Das heißt aber, dass es zur Priorität der EU werden muss, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch offenen Handel, technologischen Fortschritt und solide Haushalte zu sichern. Deutschland kann und muss hier Führung übernehmen: Durch eine konsequente Durchsetzung des Wettbewerbsrechts, solide Haushaltspolitik, eine Stärkung des Binnenmarkts und durch die Bewahrung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Kapitalverkehrsfreiheit. Auch im Kreis der G7 und G20 muss Deutschland die Stimme für freie und faire Märkte sein.

Resilienz entsteht im Schulterschluss von Staat und Wirtschaft

Gleichzeitig gilt: Unsere Freiheit als Land und als Volkswirtschaft setzt wirtschaftliche Resilienz, strategische Souveränität und effektiven Klimaschutz voraus. Einseitige Abhängigkeiten bedeuten ein Risiko, das wir erkennen und beenden müssen – wenn möglich im Rahmen unserer Partnerschaften in EU und G7, vor allem aber: im Schulterschluss von Staat und Unternehmen. Strategische Investitionen – etwa in die Energieinfrastruktur oder in die digitale Souveränität – sind Teil der staatlichen Verantwortung in diesen Zeiten geopolitischer Neuordnung.

Mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität haben wir als Bundesregierung Mittel dafür zur Hand. Diese Mittel müssen wir in den nächsten Jahren klug einsetzen, das heißt: orientiert an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Wir sehen gegenwärtig,

dass die Herausforderungen und Krisen der Gegenwart herangezogen werden, um mancherorts eine neue Staatswirtschaft zu rechtfertigen. Aber die Idee einer „transformierenden Industriepolitik“, die zunehmend alle Wirtschaftsbereiche umfasst, läuft Gefahr, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft über Bord zu werfen.

Ökonomisch vernünftige Resilienzpolitik beginnt mit dem ordnungspolitischen Grundwissen: Ein starker Staat entsteht nicht durch Einmischung, sondern durch Verlässlichkeit und Rechtsstaatlichkeit. Für die Praxis der Gegenwart heißt das konkret zum Beispiel: Der Staat hat die Aufgabe, Digitalisierung zu fördern, aber er muss dabei auf in-

Ein starker Staat entsteht durch Verlässlichkeit und Rechtsstaatlichkeit

novationsfreundliche Regulierung setzen, die Marktsignale nutzt – statt den Regulierungsapparat auf immer neue Felder auszudehnen. Der Staat hat die Aufgabe, Klimaschutz zu organisieren, aber er muss dabei auf Technologieoffenheit und marktwirtschaftliche Instrumente setzen statt auf kleinteilige Ge- und Verbote. Subventionen, zum Beispiel für den Ausbau erneuerbarer Energien, sollte er nur zeitlich befristet und in klar begrenzten Anwendungsfällen einsetzen.

Wer glaubt, dass mit mehr Staat automatisch mehr Sicherheit, Gerechtigkeit oder Nachhaltigkeit entstehen, liegt falsch. Widerlegen

werden wir diesen Glauben aber nur dann, wenn wir die freien Märkte ihre Wirkungskraft entfalten lassen und die Soziale Marktwirtschaft ihr Wohlstandsversprechen für alle einlöst.

Wir können ein neues Kapitel deutscher Erfolgsgeschichte schreiben

Es ist meine feste Überzeugung, dass Deutschland und das geeinte Europa den Herausforderungen der neuen Epoche gewachsen sind, an deren Schwelle wir stehen. Wir können die neue weltpolitische Ordnung in unserem Sinne und damit im Sinne der Freiheit mitgestalten. Aber die Voraussetzung dafür ist, dass wir uns auf unsere Stärken besinnen. Die Soziale Marktwirtschaft als Freiheits- und Gerechtigkeitsordnung gehört wesentlich dazu: weil sie auf den einzelnen Menschen mit all seiner Schaffenskraft, Kreativität und Befähigung zur Freiheit setzt.

Eine Bundesregierung, die ihre Verantwortung für Deutschland annimmt, muss mit ordnungspolitischen Weichenstellungen neues Vertrauen in die Zukunftskraft der Sozialen Marktwirtschaft stiften. Ordnungspolitik ist unser verlässlichster wirtschaftspolitischer Kompass in unruhigen Zeiten. Wenn Politik und Wirtschaft in dieser Überzeugung und im Wissen um die geteilte Verantwortung für Deutschland und Europa ihre Schritte gehen, können wir die deutsche Erfolgsgeschichte weiterschreiben.

Wir können Impulsgeber werden für wirtschaftliche Vernunft in einer sich neu sortierenden Welt und Stabilitätsanker sein für ein freies Europa. Wir schulden es nicht zuletzt der jungen Generation in Deutschland und Europa, dass Ludwig Erhards geflügeltes Wort vom „Wohlstand für Alle“ in ihren Ohren wieder wie ein verlässliches Zukunftsversprechen klingt. ■





schauinsland
reisen

Buche
jetzt, träume
später



Dein Traum wird Urlaub

Barfuß im Sand, Wellenrauschen im Ohr und gemeinsame Quality Time – wir machen deinen Traum wahr – persönlich, unkompliziert und mit Liebe zum Detail. Warum träumen, wenn du es erleben kannst?

ERFÜLL DIR DEINEN URLAUBSTRAUM: IM REISEBÜRO

Freier Handel, starkes Europa

Die transatlantische Partnerschaft lebe von Dialog und Fairness, resümiert **David McAllister**. Deshalb müsse ein Null-Prozent-Zoll das langfristige Ziel der handelspolitischen Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika bleiben

Der Wohlstand der Europäischen Union ist das Ergebnis offener Märkte und gemeinsamer Regeln. Freiheit im Handel hat das vereinte Europa nicht nur wirtschaftlich gestärkt, sondern auch politisch geeint. Der ehemalige US-Präsident Ronald Reagan, ein entschiedener Befürworter des freien Handels zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, brachte dies 1983 prägnant auf den Punkt: „Trade is an economic alliance that benefits both countries. There are no losers, only winners. And trade helps strengthen the free world.“ Freier Handel ist also weit mehr als ein ökonomisches Konzept - er ist ein Versprechen von Wachstum und Stabilität sowie ein Garant für Frieden.

Auch aus diesem Grund gehen der Erfolg der Europäischen Union als Friedensprojekt und als internationale Handelsmacht Hand in Hand. Die EU ist für rund 16 Prozent des weltweiten Waren- und Dienstleistungsverkehrs verantwortlich und hat mehr als 40 Handels- und Partnerschaftsabkommen abgeschlossen, die zusammen über 70 Länder und Regionen umfassen. In Zeiten geopolitischer Spannungen sind es genau diese Vereinbarungen, die neue Märkte erschließen, Lieferketten widerstandsfähiger machen und Europas Souveränität stärken.

Allerdings gerät diese Grundlage unseres Welthandels zunehmend unter Druck. Das internationale Umfeld ist volatil geworden, und insbesondere autoritäre Staaten nutzen



David McAllister MdeP
ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament und war von 2010 bis 2013 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen.

wirtschaftliche Abhängigkeiten zunehmend als geopolitisches Druckmittel. Auch handelspolitischer Isolationismus erlebt einen Aufschwung. Dabei kennen wir die fatalen Folgen, die ein Rückzug hinter Zollmauern hat, aus der Geschichte nur allzu gut: Mit dem Smoot Hawley Tariff Act von 1930 erhoben die Vereinigten Staaten drastisch höhere Importzölle auf viele Industrie- und Agrarprodukte. Das löste eine Welle von Gegenzöllen aus, die den Welthandel um etwa 65 Prozent ein-

brechen ließen. Die amerikanischen Exporte schrumpften in kurzer Zeit von sieben auf rund 2,5 Milliarden Dollar, und der internationale Handel kam praktisch zum Erliegen. Diese historische Entwicklung sollte uns in der Debatte um die Zukunft des Freihandels leiten.

Werden alte Fehler wiederholt?

Ausgerechnet die amerikanische Handelspolitik droht gegenwärtig alte Fehler zu wiederholen. Washington hat die Zölle auf viele europäische Produkte drastisch erhöht und sogar mit Tarifen von 30 Prozent gedroht. Nach langen Verhandlungen liegt der Zollsatz zwar nun pauschal bei 15 Prozent, doch selbst dieses Niveau belastet exportorientierte Branchen wie Automobil, Maschinenbau und Chemieindustrie mit Milliardenkosten. Niemand profitiert von Zöllen. Die transatlantische Partnerschaft lebt von Dialog und Fairness - auch deshalb muss ein Null-Prozent-Zoll das Ziel unserer langfristigen Verhandlungen mit der US-Administration bleiben.

Um das zu erreichen, setzt die EU auf Deeskalation. Brüssel und Washington haben einen temporären Rahmen vereinbart, der Zölle auf strategische Güter wie Flugzeugteile, bestimmte Chemikalien oder generische Arzneimittel auf den WTO-Satz beschränkt. Im Gegenzug baut die EU ihre Industriezölle ab, erhöht Energie- und Technologieimporte aus den USA und fördert Investitionen europäischer Unternehmen in

FOTO: PRESSE DAVID MCALLISTER

Amerika. Dieser Kompromiss verhindert zwar eine Eskalation, ersetzt aber keine dauerhafte Lösung. Es braucht Dialog auf Augenhöhe, den Abbau technischer Handelshemmnisse und einen fairen Interessenausgleich. Unser langfristiges Angebot bleiben Null-Prozent-Zölle für alle Industrieprodukte auf beiden Seiten des Atlantiks.

Zugleich sollte Europa seine Interessen jedoch auch gegenüber unlauteren Handelspraktiken der USA wirksam verteidigen. Mit Instrumenten wie dem Anti-Coercion-Mechanismus, moderner Importüberwachung und WTO-konformen Gegenmaßnahmen verfügen wir über ein wachsendes Repertoire zum Schutz unserer Märkte. Die Welthandelsorganisation (WTO) muss umfassend weiterentwickelt werden – insbesondere durch eine Reform des Streitbeilegungsmechanismus.

Strategische Handelspolitik

Die Europäische Union darf sich nicht allein auf Abwehrmaßnahmen beschränken, sondern muss zugleich ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und durch neue Handels- und Rohstoffpartnerschaften weltweit zusätzliche Märkte erschließen. Genau darin liegt der zentrale Pfeiler einer zukunftsfähigen europäischen Handelspolitik. Wenn wir die Verwundbarkeit durch einseitige Abhängigkeiten verringern wollen, brauchen wir eine strategische Handelspolitik, die den gegenseitigen Zugang zu offenen Märkten er-

leichtert, die Versorgungssicherheit stärkt und Abhängigkeiten von einzelnen Akteuren verringert.

Freihandel ist mehr als ein ökonomisches Instrument. Er ist eine politische Entscheidung für Offenheit, Kooperation und gegenseitiges Vertrauen. Politisch ausverhandelte Abkommen wie mit den Mercosur-Staaten müssen nun endlich ratifiziert werden.

Freihandel ist mehr als ein ökonomisches Instrument. Er ist eine Entscheidung für Offenheit, Kooperation und gegenseitiges Vertrauen

Das Mercosur-Abkommen baut einen Großteil existierender Zölle ab und eröffnet unseren Industrien neue Chancen auf einem Markt mit über 260 Millionen Menschen. Zugleich sind Schutzmechanismen vorgesehen, die bei plötzlichen Marktverwerfungen greifen können. Das modernisierte Abkommen mit Mexiko senkt Zölle, erleichtert

den Zugang für kleine und mittlere Unternehmen und verankert verbindliche Nachhaltigkeitsstandards. Beide Abkommen sind ein strategischer Gewinn für Europa. Sie erweitern unsere Absatzmärkte, verringern unsere Abhängigkeit von China und sichern europäische Standards weltweit.

Netz neuer Partnerschaften

Die Abkommen mit Chile und Kenia müssen zügig abgeschlossen werden. Auch die Verhandlungen mit Indien, Indonesien, Australien und Thailand verdienen neuen Schwung. Ein Netz neuer Partnerschaften in Süd- und Südostasien, Afrika und im Nahen Osten erhöht die Resilienz unserer Unternehmen, sichert die Versorgung mit Rohstoffen und Schlüsseltechnologien und stärkt Europas Rolle als globale Ordnungsmacht im Handel.

Entscheidend ist, dass sich unsere künftigen Handelsabkommen auf das Wesentliche konzentrieren und nicht durch sachfremde Themen überfrachtet und dadurch verzögert werden. Sie sollten vorrangig als „EU-only-Abkommen“ verhandelt werden, um sie schneller abzuschließen. Statt kleinteiliger Zusatzforderungen braucht es Lösungen, die wirtschaftliche Offenheit mit europäischem Gestaltungsanspruch verbinden. Auch ein verbesserter Zugang zu ausländischen digitalen Märkten und eine stärkere Interoperabilität gehören auf die Agenda. ►►

►► Doch die Diversifizierung unserer Handelsbeziehungen allein genügt nicht. Entscheidend ist, dass Europa im Inneren die Kraft entfaltet, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Drei Jahrzehnte nach Einführung des Binnenmarkts ist dieser noch immer nicht vollendet. Die digitalen Infrastrukturen sind zersplittert, Verwaltungsverfahren unterscheiden sich von Land zu Land, die Energie- und Kapitalmärkte bleiben fragmentiert. Solange diese Barrieren bestehen, bleibt das volle Potenzial Europas ungenutzt. Es braucht einen neuen Aufbruch für Wettbewerbsfähigkeit.

Keine neuen Mauern errichten

Die Europäische Kommission hat mit ihrem Vorschlag für eine neue Wettbewerbsagenda die Richtung gewiesen: milliardenschwere Investitionen in Forschung und Innovation, bessere Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen sowie höhere Anteile erneuerbarer Energien. Wenn es gelingt, diese Initiativen in einen digital vernetzten Binnenmarkt einzubetten, der Energie-, Verteidigungs- und Finanzströme verbindet, entsteht das Fundament für eine Wirtschaft, die nicht nur robust, sondern auch dynamisch ist. So wird aus Europa ein Standort, der globale Maßstäbe setzt - und nicht nur auf Veränderungen reagiert, sondern sie selbst gestaltet.

Darauf aufbauend braucht es eine Industrie- und Handelspolitik, die Innovationen fördert und kei-

ne neuen Mauern errichtet. Strategische Branchen verdienen Unterstützung, doch diese muss zielgerichtet und zeitlich begrenzt bleiben. Dauerhafte Subventionen oder protektionistische Reflexe würden am Ende mehr schaden als nützen. Klima- und Umweltgesetze dürfen die Wettbewerbsfähigkeit nicht ersticken, sondern müssen so ausgestaltet sein, dass sie ökologischen Fortschritt und unternehmerische Dynamik miteinander verbinden.

Drei Jahrzehnte nach Einführung des Binnenmarkts ist dieser noch immer nicht voll- endet. Es braucht einen neuen Aufbruch für Wett- bewerbsfähigkeit

Ordnungspolitische Leitplanken sollen Freiräume schaffen, damit Unternehmen investieren können. Parallel dazu muss die Kommissi-

on endlich Vorschriften entrümpeln, Genehmigungen beschleunigen und die Politik stärker auf Ergebnisse statt auf Prozesse ausrichten.

Motor einer offenen Weltwirtschaft

Wenn wir diese drei Pfeiler - die Verteidigung des regelbasierten Handels, die Diversifizierung unserer Partnerschaften und die Stärkung unserer eigenen Wettbewerbsfähigkeit - konsequent verfolgen, kann Europa seine eigene wirtschaftspolitische Resilienz erhöhen und weiterhin einen aktiven Beitrag zu einer stabileren Weltwirtschaft leisten.

In einer Zeit, in der viele auf Abschottung setzen, muss Europa zum Motor einer offenen Weltwirtschaft werden. Dabei bleibt die transatlantische Partnerschaft ein zentrales Element. Es war Präsident Donald Trumps selbst ernanntes Vorbild, Ronald Reagan, der 1988 in seiner Thanksgiving-Radioansprache eindringlich warnte: „We should beware of the demagogues who are prepared to declare a trade war on our friends and thereby weaken our economy, our national security, and the entire free world.“ Doch der handelspolitische Anspruch der EU muss weiter reichen als bis in die USA. Mit einer Ausdehnung unserer Handelsbeziehungen gilt es, globale Standards zu setzen. Nur wenn wir diese Verantwortung wahrnehmen, bleiben wir in der Europäischen Union Gestalterin und nicht Getriebene der Globalisierung. ■



Donald Trump, Präsident USA

„Dieser Tag wird in die Geschichte eingehen als der Tag, an dem die amerikanische Industrie wiedergeboren wurde, als der Tag, an dem Amerika sein Schicksal zurückerobert hat, und als der Tag, an dem wir begonnen haben, Amerika wieder reich zu machen.“



Ursula von der Leyen,
Präsidentin der EU-Kommission

„Dieses Abkommen bietet einen Rahmen, von dem aus wir die Zölle auf mehr Produkte weiter senken, nichttarifäre Handelshemmnisse angehen und im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit zusammenarbeiten werden. Denn wenn die EU und die USA als Partner zusammenarbeiten, sind die Vorteile auf beiden Seiten greifbar.“



Elon Musk,
reichster Mann
der Welt

„Und was die Zölle anbelangt, hoffe ich, dass wir uns auf eine Null-Zoll-Situation zubewegen mit einer Freihandelszone zwischen Europa und Nordamerika.“



Claudia Sheinbaum,
Präsidentin Mexikos

„Wir sprechen nicht über Freihandel, sondern über Kooperation und Komplementarität.“



Valérie Boyer,
Senatorin, Frankreich

„Wir wollen nicht einführen, was wir selbst herstellen.“



Adam Smith,
Erfinder der
Nationalökonomie

„Der Mensch ist ein Tier, das Geschäfte macht; kein anderes Tier tut dies – kein Hund tauscht Knochen mit einem anderen.“



Angela Merkel, Bundeskanzlerin a. D.

„Ich habe nie daran geglaubt, dass es so was wie Wandel durch Handel gibt.“



Katharina Dröge,
Co-Fraktionsvorsitzende Grüne

„Klimaschutz, Artenvielfalt und Arbeitnehmerrechte müssen zukünftig starke Bestandteile von Handelsabkommen sein.“



Luis Lacalle Pou,
Präsident Uruguay

„Es ist keine magische Lösung, aber eine Chance.“



Benjamin Disraeli, britischer Premier

„Freihandel ist kein Grundsatz, sondern ein Notbehelf.“

WANDEL DURCH HANDEL?

Europas Bewährungsprobe

Vertraute Strukturen brechen weg, neue Machtzentren entstehen. Europa muss wirtschaftlich, technologisch und geopolitisch handlungsfähiger werden, meint **Veronika Grimm** – sonst droht der Verlust an Einfluss in einer Welt, die sich ohne Rücksicht weiterdreht

Die Welt befindet sich in einem tiefgreifenden geopolitischen und geoökonomischen Wandel. Mit den Machtverhältnissen verschieben sich auch die Spielregeln der internationalen Ordnung. Inmitten dieser Umbrüche wirkt die deutsche Politik mitunter so, als klammere sie sich an vertraute Muster und weniger aus strategischer Überzeugung – möglicherweise aus dem Bestreben, kurzfristig Zustimmung in der Bevölkerung zu sichern.

Doch das bisherige Koordinatensystem, geprägt von westlicher Dominanz, verlässlichen Märkten und stabilen Partnerschaften, existiert in dieser Form nicht mehr. Der Wandel zeichnet sich seit Langem ab, denn die globalen Kräfteverhältnisse verschieben sich seit Jahren. Während Europa und die USA in den 1960er-Jahren noch rund 60 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung stellten, liegt ihr Anteil heute bei etwa 40 Prozent – Tendenz sinkend.

Unter diesen Bedingungen ist die Hegemonie der USA nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Vereinigten Staaten fordern daher seit Langem mehr sicherheitspolitisches Engagement von ihren europäischen Partnern. Die globale Neuordnung zeigt sich mittlerweile in vielfältigen Entwicklungen: von regionalen Kriegen über zunehmende Handelskonflikte bis hin zur Erosion multilateraler Institutionen.

Schwellenländer, allen voran China, sind wirtschaftlich und militärisch auf Aufholjagd. Viele – insbe-



Prof. Dr. Veronika Grimm ist Professorin für Energiesysteme und Marktdesign an der Technischen Universität Nürnberg, Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Mitglied in der Ludwig-Erhard-Stiftung.

sondere asiatische – Länder werden folgen. Ihre Wirtschaftsleistung steigt ebenso wie ihre Technologiekompetenz. Staaten, die lange als kostengünstige Produktionsstandorte und Wachstumsmärkte dienten, entwickeln sich zunehmend zu ernst zu nehmenden Wettbewerbern – wirtschaftlich, technologisch und geopolitisch. Die Beziehungen mit ihnen bleiben aber zentral für Europas wirtschaftliche Prosperität und für die Lösung gemeinsamer Probleme, etwa beim Klimaschutz.

Russland und auch der Nahe Osten rüsten auf. Ein simpler Vergleich der Militärausgaben trügt, denn das gleiche Budget übersetzt sich in diesen Ländern in deutlich mehr militärische Schlagkraft. Die Stärke wird nicht nur militärisch ausgespielt. Immer erfolgreicher zielt die Propaganda – etwa über die sozialen Medien – darauf ab, den westlichen Rückhalt innerhalb der demokratischen Staaten zu schwächen.

Neue geoökonomische Strategie

Während die Ukraine kommunikativ oft erfolgreich dagegenhält und die westliche Unterstützung weitgehend Bestand hat, fehlt es im Fall Israels zunehmend an strategischer Klarheit. Dabei ist Israel nicht nur ein demokratischer Partner, sondern ein sicherheitspolitisch zentraler Akteur im Nahen Osten – auch im Interesse Europas.

Wer in geopolitischen Kategorien denkt, sollte bereit sein, solche Partnerschaften auch dann zu stützen, wenn sie politisch oder kommunikativ herausfordernd sind. Europas Glaubwürdigkeit als geopolitischer Akteur bemisst sich auch daran, ob es seine Partner nicht nur rhetorisch, sondern konkret und verlässlich unterstützt – selbst in komplexen Konfliktlagen.

Die wenigen Beispiele illustrieren: Die Phase relativer geopolitischer Stabilität und wirtschaftlicher Sicherheit, von der Europa jahrzehntelang profitierte, ist beendet. Es ist höchste Zeit für eine geopolitische

und geoökonomische Strategie, die diesen Wandel ernst nimmt - und ihm nicht mit Illusionen begegnet. Drei Elemente sind für Europa zentral: wirtschaftliche Stärke, technologische Souveränität und internationale Partnerschaften.

Wenden wir uns zunächst der Wirtschaftskraft zu: Europa wird nur dann international mitgestalten können, wenn es gelingt, Wachstum neu zu entfachen - nicht auf Pump und nicht durch Umverteilung, sondern durch Abbau hemmender Regulierung, die Schaffung eines attraktiven Umfelds für Unternehmen sowie öffentliche Investitionen in Verteidigung, Infrastruktur und Bildung. Nur wenn Europa seine eigene Wirtschaftskraft ins Zentrum stellt, wird es den globalen Herausforderungen politisch gewachsen sein.

Zweitens geht es um Technologieführerschaft. Europa muss sein Technologiepotenzial voll ausspielen und dabei mit seinen Partnern kooperieren. Dazu gehören insbesondere Israel und die Ukraine, die große Stärken im militärischen Bereich entwickelt haben, von denen wir lernen können. Regulatorische Hemmnisse müssen beseitigt werden, und die Forschungsstrategie sollte mehr auf den Hochtechnologiebereich abzielen (nach dem Prinzip „High Risk - High Return“). Regulatorische Hemmnisse für den technischen Fortschritt, etwa bei Gentechnik, Nukleartechnik oder Künstlicher Intelligenz, müssen konsequent abgebaut werden.

Europäische Union stärken

Drittens müssen wir die Europäische Union stärken. Zu oft wird die EU infrage gestellt. Aber kein Mitgliedsstaat hat in dieser Transformationsphase die Zeit oder die Kraft, um außerhalb der Gemeinschaft besser zu bestehen als im Verbund. Es ist daher das Gebot der Stunde,

in wichtigen Bereichen wie Verteidigung, Forschung, Kapitalmarkt und Binnenmarkt gemeinsam voranzugehen, darüber hinaus die Regulierungsdichte deutlich zu reduzieren.

Viertens sind strategische Allianzen wichtig. Europa wird perspektivisch von Importen abhängig bleiben, etwa bei Rohstoffen oder bei Energie. Daher gilt es, zu diversifizieren und gezielt Handelsbeziehungen mit Ländern in Asien, La-

Noch fehlt es vielerorts an der Bereitschaft, klare Prioritäten zu setzen - und an der Ehrlichkeit, den Bürgern die Tiefe des Umbruchs offen zu vermitteln

teinamerika und Afrika ausbauen. Rohstoffpartnerschaften, Investitionen in kritische Infrastrukturen und Gegenseitigkeit müssen Leitlinien der Außenwirtschaftspolitik werden. Der europäische Protektionismus, etwa im Agrarbereich, und die Überfrachtung von Handelsabkommen mit dem Export unserer Wertvorstellungen sollte aufgegeben werden.

Eine strategisch ausgerichtete Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik ist in Zukunft unverzichtbar.

Handelsbeziehungen mit gleichgesinnten Demokratien in Südamerika, Afrika oder Asien können nicht nur wirtschaftlich stabilisierend wirken, sondern auch zur geopolitischen Resilienz beitragen. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist dabei ein zentraler Hebel, um mittelfristig die wirtschaftliche Macht zugunsten der westlichen Demokratien und ihrer Partner auszuweiten - und so auch Einfluss auf die Gestaltung der künftigen Weltordnung zu nehmen.

Das Feld nicht China überlassen

Gerade im Verhältnis zu Afrika ist ein strategischer Neustart überfällig: Statt paternalistischer Ansätze braucht es echte Partnerschaften, etwa bei Energie, Migration und Digitalisierung. Europa darf das Feld nicht länger China überlassen. Schließlich sollte Europa seine Handlungsfähigkeit auch nutzen, um globale öffentliche Güter aktiv zu gestalten - etwa im Klimaschutz. Da die USA sich zunehmend aus dieser Rolle zurückziehen, liegt es an Europa, internationale Institutionen und Kooperationen zu stärken.

Die vor Europa liegenden Aufgaben sind gewaltig - einfache Antworten gibt es nicht. Noch fehlt es vielerorts an der Bereitschaft, klare Prioritäten zu setzen - und an der Ehrlichkeit, den Bürgerinnen und Bürgern die Tiefe des Umbruchs offen zu vermitteln.

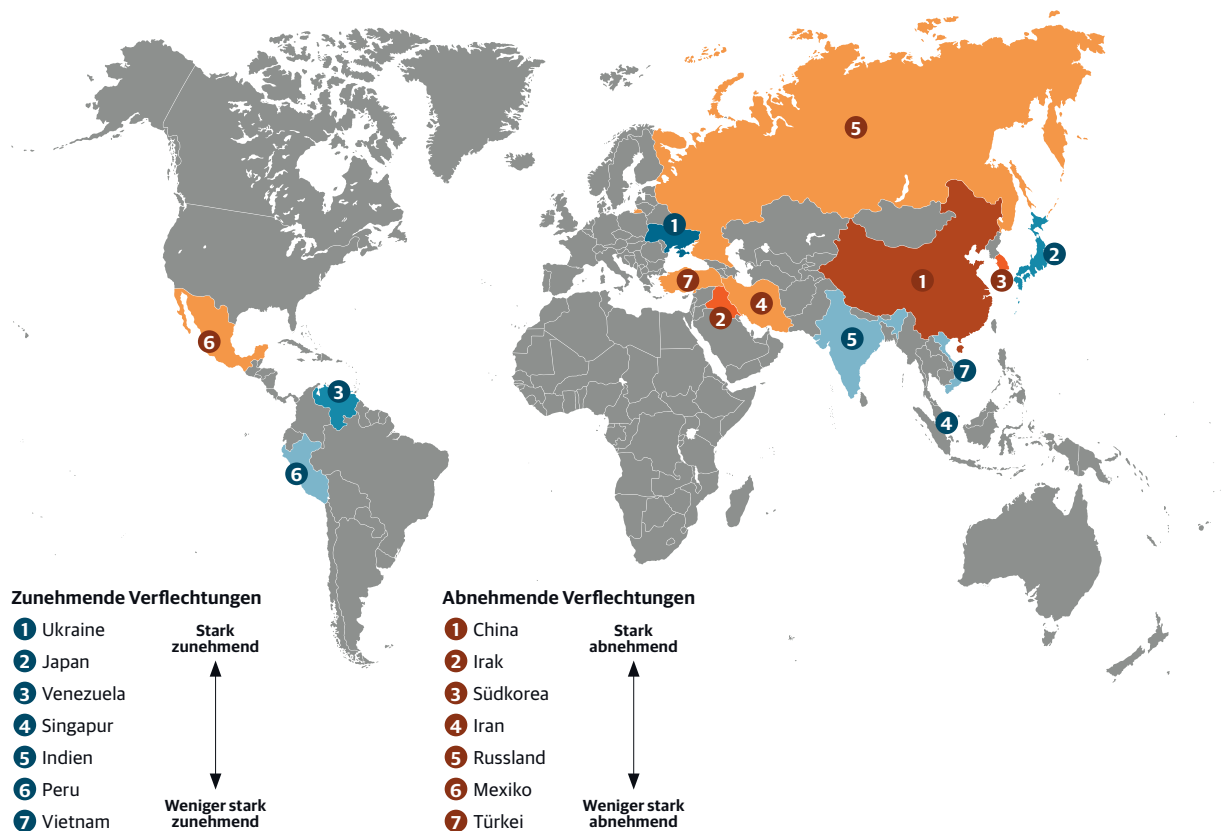
Doch wer jetzt zögert oder sich mit symbolischer Politik begnügt, riskiert nicht nur den Verlust an globalem Einfluss. Europa droht wirtschaftlich abgehängt, sicherheitspolitisch abhängig und geopolitisch marginalisiert zu werden - getrieben und möglicherweise zerrieben von den Entscheidungen anderer, statt selbst gestaltend zu wirken. Die Welt sortiert sich neu - mit oder ohne Europa. ■

Deutschland, Europa und die Welt – es geht um globale Wettbewerbsfähigkeit

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte, weiß der Volksmund. Die Grafiken auf den folgenden Seiten illustrieren, wie sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit verändert und an welchen Stellschrauben Politiker drehen können, um ihrem Land zu einem Vorsprung zu verhelfen

Die wirtschaftlichen Schwerpunkte verschieben sich

Veränderung der Verflechtungen Europas mit der Welt
(zwischen 2016 und 2023)

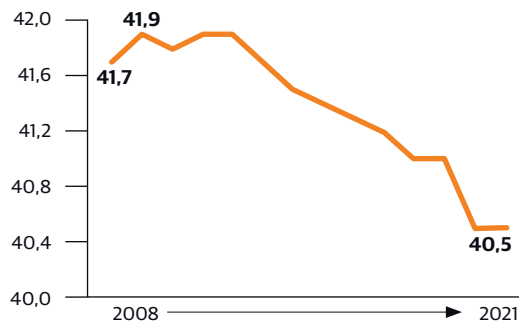


Quelle: Deloitte, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Brocker

Die Verschiebungen in der Verflechtung Europas mit der Weltwirtschaft spiegeln auch die Veränderungen der geopolitischen Lage in den jüngsten Jahren wider.

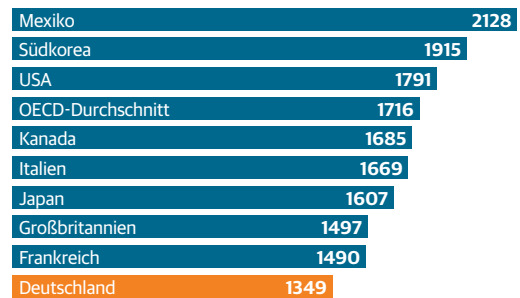
Die Wochenarbeitszeit nimmt ab

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit
in Stunden (Erwerbstätige in Vollzeit)



Bei Jahresarbeitszeit hinten

Durchschnittliche Jahresarbeitszeit
eines Arbeiters in Stunden (2021)

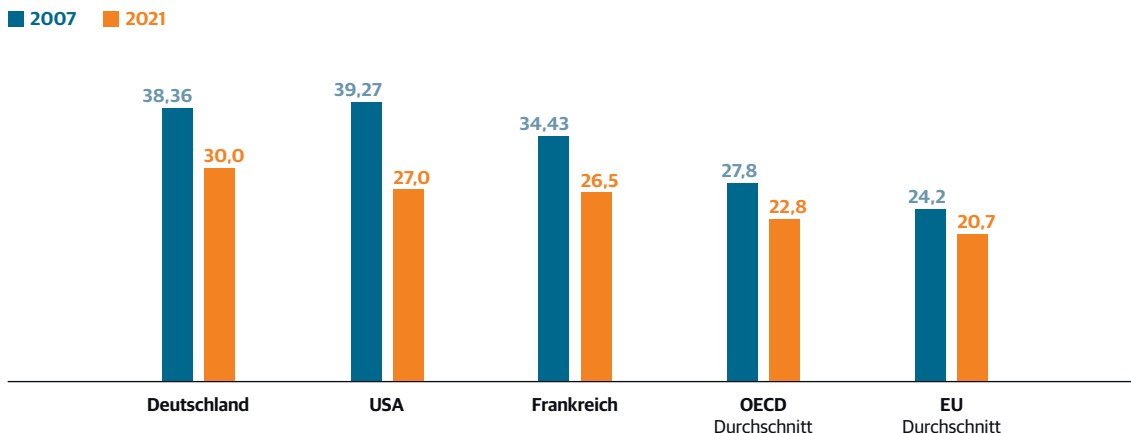


Quelle: OECD

Enthält echte Arbeitsstunden einschließlich bezahlter und unbezahlter Überstunden, aber ohne Urlaub, Feiertage, Krankheit, Fortbildung oder Ähnliches. Zum erschreckenden Vergleich: Vor 150 Jahren arbeiteten die Deutschen durchschnittlich noch mehr als 70 Stunden pro Woche.

Deutsche Unternehmensteuern über EU- und OECD-Durchschnitt

Tarifliche Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften
Nationale plus lokale Steuersätze in Prozent (Auswahl)

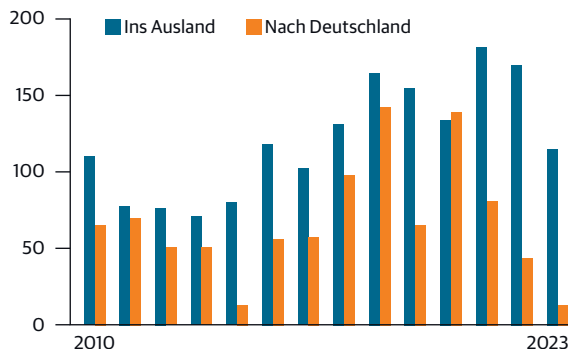


Quelle: KPMG, OECD

Schon die Unternehmensteuern liegen in Deutschland im internationalen Vergleich sehr hoch. Berücksichtigt man zudem die Belastung der Unternehmen durch das häufige Tragen der Sozialabgaben, sind Investitionen in Deutschland im globalen Wettbewerb unattraktiv.

Abnehmende Attraktivität

Direktinvestitionen aus Deutschland ins Ausland und vom Ausland nach Deutschland, in Mrd. Euro

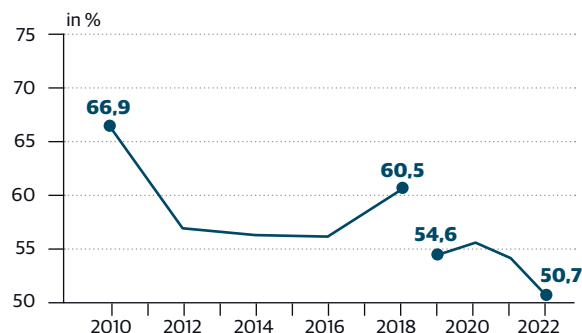


Quelle: Statistisches Bundesamt

Schon immer suchten deutsche Unternehmen ihre Position auch mit Beteiligungen oder Produktionsstätten im Ausland zu stärken. Ausländer verfuhrten bis 2020 mehr oder weniger symmetrisch.

Innovationsarmut in Deutschland

Anteil der Unternehmen, die in einem Jahr mindestens eine Innovation herausgebracht haben, in Prozent aller Unternehmen – Innovatorenquote

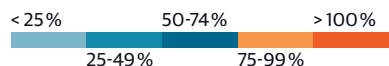


Quelle: Leibniz-Zentrum für Eur. Wifo

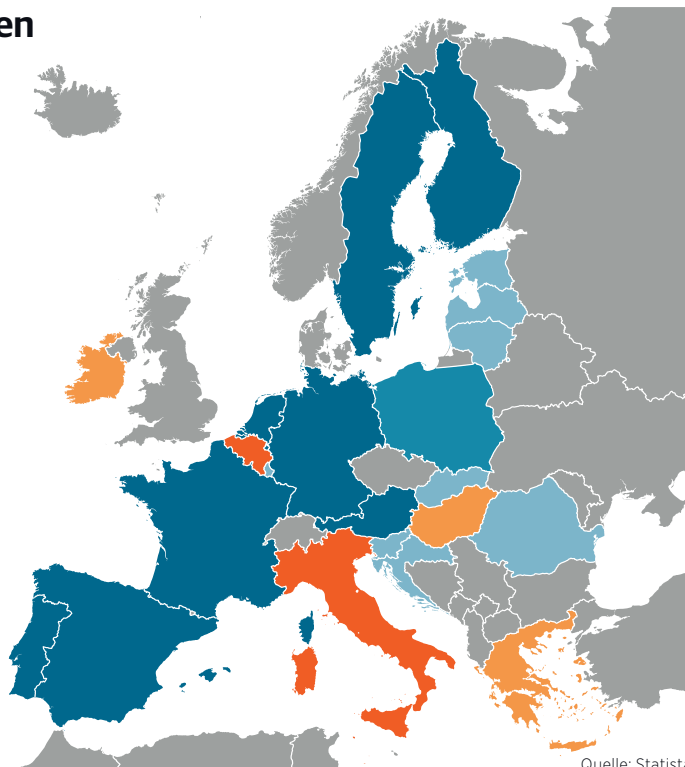
Deutschland galt lange als Land der Erfinder. Entsprechend gut war in der Vergangenheit das Abschneiden im Global-Innovation-Index. Mittlerweile ist Deutschland dort auf Rang 11 abgerutscht.

Handlungsspielräume schrumpfen

Staatsverschuldung in den EU-Ländern in Relation zum BIP, in Prozent



Nur unter den neuen EU-Mitgliedsländern in Ost- und Südosteuropa wird das Maastricht-Kriterium einer maximalen Staatsverschuldung von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts noch eingehalten.



Quelle: Statista

Die LORENZ Stiftung verbindet!

Wie geht Kultur und Miteinander für alle?

Nach dem großen Erfolg der Tanz-Inklusionsprojekte „Schöpfung“ im Jahr 2015 und „Arche Noah“ im Jahr 2019, wurde in 2024 das große Finale der Trilogie „Babylon“ von der LORENZ Stiftung im HR Sendesaal in Frankfurt am Main aufgeführt.

Lesen Sie hier mehr dazu: www.miteinander-reden-ist-gold.com



Copyright © Lisa Farkas

Weitere Projekte der LORENZ Stiftung:

- Geschwisterseminare für Kinder, die mit behinderten Geschwistern aufwachsen
- „LoMo“ - LORENZ-Mobile als Friedhofstaxis für den Hauptfriedhof
- Weitere Projekte finden Sie unter www.lorenz-stiftung.de

Die LORENZ Stiftung wird unterstützt von Mitarbeitern der LORENZ Life Sciences Group.



LORENZ Life Sciences Group

Die LORENZ Life Sciences Group ist ein Hersteller von Software Produkten für elektronische Arzneimittelzulassungen weltweit, für Industrien und Behörden.

Informationen zu unserer Regulatory Information Management (RIM) Lösung finden sie hier: www.lorenz.cc

Zurück in die Zukunft – Deutschlands Verantwortung für Europa

Der Euro überlebt langfristig nur, wenn Leistung wieder zählt – sagt **Nicolaus Heinen**. Gerade Deutschland muss Vorbild sein: mit fiskalischer Solidität, mutigen Reformen und einer Ordnungspolitik, die Wachstum ermöglicht. Nur so gewinnt Europa seine Souveränität zurück

Die Eurozone hat die großen Turbulenzen der letzten anderthalb Jahrzehnte gut überstanden. Die Politik sowie die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) konnten die Märkte beruhigen und Staaten und Finanzwesen stabilisieren und verschafften so zunächst einmal allen Akteuren Zeit.

Diese Zeit wurde allerdings nicht für eine fundamentale Erneuerung genutzt. Der Währungsraum ist nach wie vor nicht stark aus eigener Kraft: Ohne die stützende und schützende Hand der EZB würde der Euroraum sofort wieder ins Wanken geraten – die hohen Schuldenstände stehen in keinem Verhältnis zu den bescheidenen langfristigen Wachstumsaussichten. Gleichzeitig sorgen die impliziten Rettungszusagen für eine allgemeine Reformmüdigkeit, einen Investitionsstau und einen Mangel an Wettbewerbsdynamik, die das langfristige Wachstumspotenzial weiterhin eintrüben.

Das hat Folgen. Ökonomische Schwäche übersetzt sich langfristig nämlich immer in geopolitische Bedeutungslosigkeit – und das ist ein Problem, gerade heute. Handelskonflikte, Subventionswettläufe und ein globales Rennen um Rohstoffe sind an der Tagesordnung. Besonders die USA haben sich von ihrer Rolle als Hüter einer liberalen Weltwirtschaftsordnung entfernt. An ihre Stelle tritt eine Politik mas-



Nicolaus Heinen
ist Mitglied des Vorstands
und **Schatzmeister der**
Ludwig-Erhard-Stiftung.

siver staatlicher Interventionen – sei es beim Ausbau der Halbleiterindustrie, bei Digitalgiganten oder in der Verteidigungswirtschaft. Europa dagegen wirkt dabei oft wie ein Juniorpartner. Selbst in der Handelspolitik, eigentlich eine Paradedisziplin, geriet man zuletzt ins Hintertreffen – etwa im Vergleich zu bilateralen US-Abkommen mit asiatischen Partnern.

Was also tun? Eine noch stärkere wirtschaftspolitische Verschränkung der Euroländer würde an der Realität vorbeigehen. Sie wäre nicht nur wirkungslos, weil nationale Eigeninteressen in Europa nach wie

vor überwiegen. Sie wäre auch politisch gefährlich, weil sie eines der Hauptmotive der Populisten – Bevormundung durch Brüssel – weiter befeuern würde. Wer jede Krise mit mehr Zentralisierung heilen will, spielt jenen Kräften in die Hände, die Europa spalten wollen. Am Ende stehen enttäuschte Hoffnungen, verlorene Zeit und Streit – und nichts ist gewonnen.

Weitere Zentralisierung spaltet

Auch wenn es zurzeit nicht danach aussieht: Ich glaube, dass die Debatte über die wirtschaftspolitische Neuausrichtung der Eurozone eher früher als später kommen wird. Denn auch die pragmatischste Geld- und Fiskalpolitik wird strukturelle Schwächen nicht ewig überdecken können – und schnell und unvermeidlich spielt fiskalische Solidität wieder eine Rolle. Der Grund dafür: Finanzmärkte bilden langfristig immer fundamentale Knappheiten ab. Und sie bestrafen ökonomische Illusionen. Die Politik folgt dieser Logik langfristig immer – denn sie ist auf die Finanzierungskraft der Märkte angewiesen.

Macht und politische Karrieren hängen eng am Anpassungsdruck gesellschaftlicher Debatten. Dies gilt auch für viele Akteure der gut geölten akademischen Meinungsmaschine aus Wissenschaft und Thinktanks, die aktuell noch eine stärkere wirtschaftspolitische Ko-

ordinierung und Planung befürworten. Auch sie dürften ihre Botschaften bald anpassen – ganz so, wie wir es zuletzt bei der geopolitischen Zeitenwende oder dem Thema Nachhaltigkeit gesehen haben.

Veränderungen werden in der Eurozone nur gelingen, wenn die Länder wieder mehr Eigenverantwortung für die nationale Politik übernehmen – im Übrigen das beste Mittel gegen populistische Dialektik, die Verantwortung stets woanders sucht. Ich sehe drei Ansatzpunkte, wie ein solches Zurück in die Zukunft dazu beitragen könnte.

Erstens: Mehr Haftung

Nachhaltiges Handeln entsteht nur über klare Verantwortlichkeiten. Für den Euroraum bedeutet das: Auslaufen der Staatsanleihekäufe durch die EZB, Einführung einer echten Insolvenzordnung für Staaten und eine Rückkehr zur Nichtbeistandsklausel. Die USA zeigen, dass ein föderaler Währungsraum auch ohne Haftungsverbund dauerhaft erfolgreich sein kann. Nur wenn Regierungen verstehen, dass sie im Notfall für ihre Politik selbst geradestehen, entsteht für sie der Anreiz, solide zu wirtschaften.

Zweitens: Wettbewerbsfähigkeit

Aus mehr Haftung folgt: Die Euroländer müssen ihre Arbeitsmärkte flexibler und ihre Sozialsysteme nachhaltiger gestalten. Nur dann können sie in einer globalisierten Wirtschaft bestehen. Parallel dazu gilt es, neue Freihandelsabkommen mit anderen Wirtschaftsräumen zu schließen. Sie bieten nicht nur Zugang zu neuen Absatzmärkten und dadurch Konkurrenzdruck, der belebt. Sie belohnen auch mit einer Risikostreuung, die Europa unabhängiger von geopolitischen Schocks und politischen Alleingängen und damit insgesamt resilienter macht.

Drittens: Mehr Markt

Haftung und Wettbewerb gelingen nur, wenn funktionierende Märkte jenseits politischer Schonräume und staatlicher Absicherung wirken können. Daher ist die Vollendung der Kapitalmarktunion essenziell – etwa über gemeinsame Standards, die fairen Wettbewerb garantieren. Eine Bündelung von Kompetenzen auf europäischer Ebene, die einen vernünftigen Marktrahmen setzen, wäre in diesem Feld durchaus opportun: Einheitliche Insolvenzrechte, Aktionärsrechte und Übernahmeregeln, ein vertiefter Eigenkapitalmarkt und ein besserer Zugang zu Risikokapital machen Finanzmärkte effizienter und erleichtern grenzüberschreitende Investitionen.

Finanzmärkte bestrafen früher oder später ökonomische Illusionen

Hinzukommen muss eine attraktivere Kapitalmarktinфраstruktur: Ein digitaler Euro, der sich nicht nur als kleine Retail-Lösung versteht, sondern als weltweit attraktives Stablecoin, eine einheitliche Regulierung für Fin-Techs, Krypto-Assets und tokenisierte Wertpapiere sowie eine Blockchain-basierte Kapitalmarktinфраstruktur könnten den Finanzplatz Europa stärken. Damit alle davon profitieren, braucht es eine kapitalgedeckte Altersvorsorge nach dem Vorbild der US-401(k)-Pläne: Bürger würden langfristig Vermögen aufbauen, die Kapitalmärkte würden tiefer und europäische Unternehmen im Ergebnis höher bewertet.

Und nicht zuletzt würden auch Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum auf der politischen Agenda wieder einen höheren Rang einnehmen, denn an ihnen hängt der Wert kapitalgedeckter Altersvorsorge.

Deutschlands Rolle als Anker

Deutschland kommt in diesem Prozess eine Schlüsselfunktion zu. Mit einem der wenigen letzten verbliebenen „AAA“-Ratings ist unser Land Stabilitätsanker und Benchmark Europas zugleich. Wenn wir zeigen, dass fiskalische Solidität und Reformfähigkeit möglich sind, üben wir sanften Druck auf andere aus, nachzuziehen. Ein glaubwürdiges Signal aus Berlin könnte der Auslöser sein, der Europa aus der selbst gewählten Trägheit herausführt.

Anlässe hierfür dürfte es genug geben. Die kommenden Jahre werden viele Krisenmomente bieten, die umfassendes Engagement erfordern und die Bereitschaft, gänzlich neue Wege zu gehen. Das Investitions-Sondervermögen ist der erste Lackmustest: Nutzt die Bundesregierung es nur zum weiteren Ausbau der eigenen Komfortzone? Oder kann sie Orientierung geben? Mit dem Sondervermögen werden Wahlen gewonnen. Oder verloren.

Das erfolversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstands ist der Wettbewerb. Diese Aussage Ludwig Erhards ist der Auftrag an das heutige Europa. Unseren Wohlstand sichern nicht immer neue Planung und Umverteilung, sondern Wettbewerb, Eigenverantwortung und Offenheit.

Wenn wir diese Prinzipien ernst nehmen, kann die Eurozone weit mehr sein als ein ewiges Krisenkonstrukt. Sie kann zur treibenden Kraft für Innovation, Stärke und Freiheit werden – und Europa den Platz sichern, den es im globalen Konzert der Mächte verdient. ■

Ein freier Markt der Freien Länder?

Die Welt verabschiedet sich zunehmend von freien Märkten. Auch in Deutschland neigen Politiker zu gut gemeinten Eingriffen in die Freiheit der Märkte und setzen dadurch Fehlanreize, analysiert **Ulrich Blum**. Er fordert eine Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft

Der scheinbare Erfolg autoritärer Systeme und der Rückzug der Demokratien infolge massiver Enttäuschungen der Bevölkerung über ein oft nicht mehr zu begreifendes „Gestell“ (Heidegger) der modernen Welt, über sich verselbstständigende Institutionen und das Handeln der Regierenden haben die geopolitische Ausgangslage für den Westen in den letzten 15 Jahre stark verändert. Entlang von drei Ebenen, nämlich der individuellen Ebene, der Ebene der Märkte und der Ebene der Staaten, also der Ordnungsebene, soll untersucht werden, wie geopolitische Rivalität, meist verbunden mit protektionistischen Tendenzen, auf die regelgebundene Ordnung trifft und so Störungen in den Märkten erzeugt und die Freiheit des Einzelnen beschränkt.

Die individuelle Ebene

Die individuelle Freiheit ist stark mit der Frage nach Freiheit verbunden und mit der Frage, für wen beziehungsweise für welche Gruppe dieses Freiheitspostulat gelten soll. Im einfachsten Fall recurriert man auf Albert Schweitzer, der die individuelle (aber auch staatliche) Freiheit durch das Lebensrecht anderer begrenzt sieht. Aus christlicher Sicht ist der Mensch dadurch frei, dass er auch in schlimmster Notlage von seiner leiblichen Hülle infolge der Gottebenbildlichkeit abstrahieren kann und weil sich das Kreativitätsgebot nur auf der Grundlage von Freiheit verwirklichen lässt.



Prof. Dr. Ulrich Blum
ist Professor für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Im Naturrecht werden derartige Gedanken aufgenommen. Das wichtigste Postulat zur Verbindung der individuellen mit der Ordnungsebene ist der Kant'sche kategorische Imperativ (quasi eine goldene Regel), dass der Einzelne so handeln möge, dass die Maxime dieses Handelns Grundlage allgemeiner Gesetzgebung sein kann. Die damit verbundene implizite Reziprozität individuellen Handelns gewährleistet Freiheit auf der übergeordneten Ebene und erfordert eine Vertrauens- und Verantwortungskultur.

Freie Märkte

Wettbewerb als Emergenz von Kreativität bedarf freier und offener Märkte und damit einer Ordnung, die die Anreize hierzu selbstverstär-

kend nutzt. Dies dient ebenso der effizienten Allokation, wie es die Vermachtung von Märkten und damit den Tod des Wettbewerbs verhindert. Es ist insbesondere den Vertretern der Freiburger Schule und der Implementierung der von ihnen erdachten Ordnung durch Ludwig Erhard zu verdanken, dass aus dieser Theorie greifbare Wirklichkeit wurde und sich im Wirtschaftswunder Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg manifestierte. Die Moral freier Märkte ist in der Ordnung verankert, die wiederum Vertrauen ermöglichen muss, um die Kosten der Transaktionen um der Effizienz willen möglichst niedrig zu halten

Gute Verfassungen

Der liberale Verfassungsstaat ist zentraler Garant des Ordnungsrahmens, der institutionelles Vertrauen gewährleistet. Dem amerikanischen Abgeordneten John Sherman ist es zu verdanken, dass die Beziehung freier Märkte und freier Gesellschaften, also das, was heute die Interdependenz der Ordnungen genannt wird, im Jahr 1890 Eingang in die Wettbewerbsordnung des heute wichtigsten (und leider von diesen Ideen abrückenden) Landes fand, nämlich der USA: Ein Land, das die Demokratie, also die Machtteilung, zum politischen Prinzip erkoren habe, könne nicht hinnehmen, dass auf wirtschaftlicher Ebene Machtkonzentration herrsche.

Im Deutschen Kaiserreich hingegen waren Kartelle legal, weil das

Reichsgericht im Urteil des Jahres 1897 zum sächsischen Holzstoffkartell ausführte, dass die Vertragsfreiheit der Unternehmen, also auch das Bilden von Kartellen, vor der Freiheit der Märkte rangiere. Der Ordoliberal Franz Böhm sah dies als eine der wesentlichen Gründe für die die Nazi-Herrschaft begünstigende Bildung von Kartellen im Reich.

Gefährdung der Ordnung

Offensichtlich handelt es sich bei der Betrachtung freier Individuen, freier Märkte und freier Länder um ein Mehrschichtensystem, das in evolutionärer Interdependenz steht. Wenn das Primat der Politik gilt, dann kann das politische System die Freiheit der Märkte einschränken. Das Spannungsverhältnis aus politischer Freiheit, also Demokratie und Souveränität, und wirtschaftlicher (Vertrags-)Freiheit wurde in Griechenland im Nachlauf der Weltfinanzkrise beim Umgang mit Schulden deutlich: Was besitzt Gültigkeit? Wirtschaft und Vertragsrecht oder politische Souveränität?

Linke und rechte Populisten höhlen mit dem Ruf, Volkes Stimme zu folgen, das Ordnungssystem aus, also die oft unsichtbaren Institutionen, die ein System zusammenhalten und oft, wie Ernst-Wolfgang Böckenförde es formulierte, Voraussetzungscharakter für die Freiheit auf den drei Ebenen besitzen, die diese Ebenen aber nicht bereitstellen.

Lange Zeit ging man von der Idee aus, dass die mittlere Ebene, nämlich freie Märkte, die obere Ebene erzwingen könnte. Der entsprechende Spruch lautete: „Wandel durch Handel“. Tatsächlich zeigt sich aber, dass autoritäre Systeme wie China, klug gelenkt, durchaus marktwirtschaftliche Effizienz entfalten können, aber sich nicht politisch verändern. Die durch die Lenkung entstehenden Transaktionskosten und In-

effizienzen werden akzeptiert, weil oft der zügige Aufholprozess – bei China gegenüber dem Westen – dies kaschiert. Regelgebundene Ordnungssysteme werden hierdurch massiv unter Druck gesetzt.

Evolutorischer Institutionalismus

Der evolutionäre Institutionalismus befasst sich mit der Frage, wie sich derartige Ordnungen auf mehreren Ebenen abstimmen und was die Folgen sind, wenn hier Widersprüche auftreten. Im Zentrum steht,

Linke und rechte Populisten höhlen das Ordnungssystem aus

der Evolutionstheorie entlehnt, das Konzept des Evolutionsalgorithmus von Werner Patzelt, der gleichermaßen eine Ordnung in die Systeme und deren Dynamik bringt, um die steten Phasen aus Variation und Rekombination von Bauplänen, der Selektion aus den dabei gefundenen Ergebnissen, also dem Variierten beziehungsweise Rekombinierten, mit anschließender differentieller Reproduktion des tatsächlich Hervorgebrachten, aufzuzeigen.

Institutionen wie freie Märkte oder Verfassungen definieren sich als eine Klasse von Bauplänen, die in mehrschichtigen Systemen über den Evolutionsalgorithmus abgestimmt werden. Pierre Rosanvallon spricht von der sozialen Grammatik, welche die informellen Institutio-

nen verbindet. Algorithmus respektive Grammatik sind störanfällig: Es ist nicht immer sicher, dass sich die Emergenz vollzieht und dass ihre Ergebnisse stabil bleiben. Denn offen ist, welche Ebene im Konfliktfalle welche andere Ebene ordnen kann. Hier sind zwei Richtungen denkbar: Die offenere, innovativere und flexiblere Ebene dominiert, oder das Inferiore geht unter, ganz im Sinne der Evolution. Das kann man, wie der reale Sozialismus, als Schicksalsschlag erfahren oder durch kluge Politik (siehe Agenda 2010) verhindern, dass es so weit kommt.

Was tun?

Folgt man obiger Analyse dann liegt die Kraft des liberalen Drei-Ebenen-Systems im Evolutionsalgorithmus, also dessen Fähigkeit, die unterschiedlichen Ebenen abzustimmen. Er braucht folglich selbst einen Ordnungsrahmen, dessen Regeln selbstverstärkend sind. Die Freiburger Schule und die Soziale Marktwirtschaft stellen diesen durch ihren Rückbezug auf ein liberales und christliches Menschenbild bereit.

Fehlsteuerungen entstehen beispielsweise auf der oberen Ebene, durch den fehlenden Mut, einer Bevölkerung die sicherheitspolitische Realität und damit das erforderliche Umsteuern zu vermitteln; oder auf der mittleren Ebene durch sozialstaatliche oder zum Schutz von Industrien gut gemeinte Eingriffe in die Freiheit der Märkte, durch die Fehlansätze gesetzt und Kreativität behindert wird, aber auch Versagen ungesühnt bleibt; schließlich drittens auf der unteren Ebene durch nicht nachvollziehbare politische Entscheidungswege und insbesondere eine Zerstörung der für stabile Individualbeziehungen wichtigen informellen Institutionen durch die Erosion der Versorgungsinfrastrukturen, vor allem im ländlichen Raum. ■

INTERVIEW

Kann sich Europa noch auf die Vereinigten Staaten verlassen?

Ursula Weidenfeld sprach via Video-Chat mit dem britischen Historiker **Harold James** und dem deutschen Ökonomen **Markus Brunnermeier**, die beide in Princeton (New Jersey) lehren

Ökonom Brunnermeier:
Europa hat in den letzten beiden Dekaden geschlafen

Ursula Weidenfeld: *Lieber Herr James, lieber Herr Brunnermeier, wir wollen über die deutsch-amerikanischen Beziehungen sprechen. Gibt es die besondere deutsch-amerikanische Freundschaft noch?*

Harold James: Das war immer ein Missverständnis von deutscher Seite, fürchte ich. Wenn sie in die anderen europäischen Länder schauen, wird Ihnen überall dieselbe Erzählung begegnen: die vermeintlich besondere Freundschaft zwischen den USA und Großbritannien, die spezielle Beziehung zwischen Paris und Washington, die außergewöhnlichen Bande zu Italien oder Polen. Die einen leiten die Special Relationship aus der gemeinsamen Sprache her, die anderen aus den gemeinsamen Wurzeln in den beiden Revolutionen im 18. Jahrhundert. Wieder andere glauben, wegen der Migrationsströme des 19. und 20. Jahrhunderts vielfältig verbunden zu sein. Vielleicht haben die Westdeutschen

nach dem Zweiten Weltkrieg eine besondere Beziehung zu den USA als Schutzmacht ausgebildet, die die Demokratie durchgesetzt haben. Aber zu meinen, dass diese Freundschaft tiefer ist als die der anderen, war immer und ist immer noch eine Illusion.



Dr. Ursula Weidenfeld
arbeitet heute als freie Autorin, Kommentatorin und Moderatorin. Sie ist Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Kann sich Europa heute noch auf die USA verlassen?

Harold James: Auch das Gefühl, im Stich gelassen zu werden, ist nicht neu. Viele Enttäuschungen sind heute vergessen. Schauen Sie zum Beispiel auf den August 1961. Die Berliner Mauer wurde gebaut, und Willy Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin sowie Bundeskanzler Konrad Adenauer warfen den USA mit großer Bitterkeit vor, die Teilung der Stadt geduldet zu haben. Adenauer wandte sich dann mehr zu Charles de Gaulle und Frankreich. Außerdem gibt es in Europa selbst lange Traditionen von Antiamerikanismus und eine tiefe Skepsis gegenüber den Vereinigten Staaten. Denken Sie an die Präsidentschaften von Ronald Reagan oder George Bush Junior oder eben jetzt an Donald Trump. Was ich sagen will: Im Grunde genommen sind diese Spannungen natürlich. Es gibt sie auch in Frankreich, in Großbritannien. Es gab immer zur

FOTO: DPA PICTURE ALLIANCE/SZ PHOTO/ROBERT HAAS, ADENAUER STEVENS, BERT POSTELMANN/BILD FOLIO



Historiker James:
Europa hat mehr in
der Hand, als es denkt

gleichen Zeit den hässlichen und den guten Amerikaner.

Markus Brunnermeier: Die Perspektive ist wichtig: Aus der deutschen Perspektive kann man sich jetzt nicht mehr so mit Amerika identifizieren, und empfindet die Distanz als besonders schmerzhaft. Aus amerikanischer Perspektive spielt das keine große Rolle. Viele hier bewundern die deutschen Industrieprodukte, deshalb haben die USA ja auch das Handelsbilanzdefizit mit Deutschland. Aber die meisten Amerikaner sehen, dass der asiatische Raum wesentlich bedeutender wird. Also schwindet die Bedeutung Europas. Und auch deswegen wird weniger Rücksicht genommen. Die eigenen Interessen gehen vor.

Und US-Präsident Donald Trump spielt keine Rolle?

Markus Brunnermeier: Doch, natürlich. Viele Deutsche sind enttäuscht

über die Wiederwahl des amerikanischen Präsidenten und das Vorgehen Donald Trumps. Umgekehrt sehen Amerikaner, die über seine Politik enttäuscht sind, in Deutschland einen Stabilitätsanker für die westliche Welt.

Handelt es sich dabei tsächlich nur um enttäuschte Liebe?

Markus Brunnermeier: Im Endeffekt hat das Verhältnis zwischen den USA und Europa an Bedeutung verloren, auch wegen der nachlassenden Wirtschaftsdynamik Europas. Das kann man schon als enttäuschte Liebe bezeichnen.

Welche Rolle spielen gemeinsame Werte und Überzeugungen?

Harold James: Schauen Sie auf die Ukraine, dann erkennen Sie, wie wichtig gemeinsame Werte und Überzeugungen sind und wie wichtig die moralische Führung Europas ist. Sie ist entscheidend.

Weil es die gemeinsamen Werte nicht mehr gibt?

Harold James: Weil sie ein Zeichen des moralischen Verfalls der Vereinigten Staaten sind. Die Vereinigten Staaten haben die moralische Führung des Westens am 28. Februar in der Begegnung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit dem amerikanischen Präsidenten im Weißen Haus verloren. Europa hat diese moralische Führung noch. Sicher: Man muss über die Art und Weise, wie man am Ende zu einem Frieden in der Ukraine kommt, realistisch denken. Aber mit den Trump-Methoden geht es ganz sicher nicht.

Markus Brunnermeier: Ich sehe das ganz genau so. Auf Europa kommt es jetzt an. Die Ukrainer verteidigen die Freiheit Europas und des Westens insgesamt. Das muss man ihnen hoch anrechnen. Für Europa ist wichtig, nicht nur Worte zu finden, sondern auch Taten ►►

►► folgen zu lassen. Europa muss anpassungsfähiger und schneller werden. Es muss alte Fußfesseln abstreifen und neue Wege gehen. Nur so kann es den Westen an sich zusammenhalten und ein Anker für die westlichen Gedanken und die westliche Art und Weise zu leben werden.

Harold James: Wie die Ukraine jetzt immer neue Strategien findet, das ist auch das Muster für Europa. Wenn Kiew mit Drohnen gegen einen übermächtigen Gegner bestehen kann, muss Europa in zehn oder 15 Jahren vielleicht gar nicht mehr darüber nachdenken, mehr amerikanische Flugzeuge zu kaufen. Europa kann jetzt mit ukrainischen Herstellern über Waffen sprechen. Es kann künftig Material, das in der Ukraine gebaut wird, für die europäische Verteidigung nutzen. Das scheint Bundeskanzler Friedrich Merz auch zu erkennen. Das ist eine gute Entwicklung.

Haben Sie denn den Eindruck, dass Europa diese Aufgabe übernehmen kann und will?

Markus Brunnermeier: Wir gehen weg von einer regelbasierten Weltordnung hin zu einer bilateralen transaktionsellen Weltordnung. Das ist ein radikaler Wandel, bei dem Europa nicht am Steuerrad sitzt. Das ist offensichtlich. Aber Europa ist der Kontinent des Wettbewerbs, und nicht der des Machtmonopols. Es lohnt sich, in die Wirtschaftsgeschichte Westdeutschlands zurückzuschauen: Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Amerikaner die föderale Struktur und die Wettbewerbsstruktur für den staatlichen Aufbau und die Wirtschaft Westdeutschlands durchgesetzt, weil sie erkannt hatten, wie gefährlich und zerstörerisch die Konzentration von politischer und wirtschaftli-

cher Macht ist. Die Freiburger Schule und andere Lehren des europäischen Neoliberalismus wurden in das westliche Wertesystem mit aufgenommen. Die jetzige Stimmung unter Donald Trump ist genau das Gegenteil dieses Konzepts: weg vom Wettbewerb, hin zur starken Machtkonzentrationen.

Harold James: Das ist selbstzerstörerisch. Man sieht ja jetzt schon, wie die Anreize wachsen, gegen diesen Versuch einer neuen Weltordnung auf amerikanischer Basis Alternativen zu entwickeln. Singapur und die Vereinigten Arabischen Emirate

**„Ich bin sicher:
Die Wahrscheinlichkeit, dass am
Ende die offene
Welt triumphiert,
ist sehr, sehr hoch“**

machen gerade einen Versuch, eine neue Investitions- und Handelsoffensive zu starten, da wollen viele kleinere Staaten mitmachen. Die Machtdemonstration zum 80. Jahrestag des Kriegsendes in Peking, mit Xi Jinping, Wladimir Putin und Narendra Modi ist auch ein Versuch, eine antiamerikanische Ordnung zu etablieren. Dennoch bin ich sicher: Die Wahrscheinlichkeit, dass am Ende die offene Welt triumphiert, ist sehr, sehr hoch.

Markus Brunnermeier: Wenn wir jetzt in eine transaktionale Handels- und Weltordnung kommen, die auf Deals mit Leistungen und Gegenleistun-

gen basiert, werden erst einmal die großen Länder und die großen Handelsblöcke mehr Einfluss bekommen. Die kleinen Länder werden leiden. Ein auf Regeln basierendes Handelssystem schützt ja die Interessen der kleineren Länder ohne eigene Verhandlungsmacht. Es ist also nicht überraschend, dass sich Länder wie Singapur zusammenschließen, um diesen Freihandel aufrechtzuerhalten. Für Europa wird es gefährlich, wenn sich die autokratischen Länder erfolgreich gegen den Westen zusammenschließen. Deshalb ist es so wichtig, dass Europa jetzt mit dem lateinamerikanischen Handelsblock Mercosur und anderen Ländern nicht nur über Handelsverträge redet, sondern sie auch wirklich abschließt.

Ist Europa denn ein attraktiver Partner für Staaten und Regionen, die nach der Etablierung der neuen amerikanischen Handelspolitik jetzt auf der Suche nach Partnern sind?

Markus Brunnermeier: Europa hat sich hinsichtlich der USA-Verhandlungen sehr schwach dargestellt. Im Augenblick ist es nicht sehr attraktiv für den globalen Süden und hat sich in den Schatten der USA gestellt. Dazu kommt, dass die Europäer in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder ziemlich oberlehrerhaft aufgetreten sind. Es gibt ja diesen Satz eines afrikanischen Ministerpräsidenten: „Wenn ich nach China gehe, bekomme ich einen Flughafen. Wenn ich nach Europa gehe, bekomme ich eine Lektion.“ Das kann so nicht bleiben. Europa will den Freihandel und die regelbasierte Weltordnung am Leben erhalten, weil Europa und auch die Welt davon profitieren – und innerhalb Europas insbesondere auch Deutschland. Dafür muss es potenzielle Partner gewinnen und nicht erziehen. Wir sollten pragmatisch agieren.

Wen würde eine solche Ordnung denn überhaupt noch erreichen?

Markus Brunnermeier: Von der aggregierten Wirtschaftsleistung ist Europa ziemlich groß. Dann ist da Lateinamerika. Auch Indien kann in diesem Bereich mit einbezogen werden. Indien würde sehr profitieren, wenn es mehr Freihandel mit Europa hätte. Das sind strategische Positionierungen, die man jetzt wahrnehmen muss. Ich hoffe, dass das auch geschehen wird.

Harold James: Indien ist ein beeindruckendes Testbeispiel. Es war eins der großen Kunststücke von Donald Trump, Indien in die Arme Chinas zu treiben. Es gibt so viele Spannungen im indisch-chinesischen Verhältnis, dass es eigentlich unmöglich war, aus beiden Ländern Verbündete zu machen. Aber Trump hat das offenbar geschafft. Er erkennt, wie verwundbar die USA im Augenblick sind. Geopolitisch, aber auch wenn es um Pharmaprodukte aus Indien geht.

Hätte die Welt Instrumente, Donald Trump und seine Regierung – formulieren wir es einmal etwas salopp – zur Vernunft zu bringen?

Harold James: Ja, durchaus. Und Europa hat auch mehr in der Hand, als es denkt. Die EU-Wettbewerbskommissarin Teresa Ribera Rodríguez hat völlig recht, wenn sie verlangt, dass Europa auf der Durchsetzung des Digital Service Act bestehen sollte.

... der vor allem die großen amerikanischen Digitalunternehmen wie Google oder Amazon ärgert, die sich den europäischen Wettbewerbsregeln nicht unterwerfen wollen und denen nun Milliardenstrafen drohen.

Harold James: Ja. Die Europäer können der Welt beweisen, dass sie sich nicht von Google und Amazon be-

herrschen lassen müssen, sondern die Politik die Regeln setzt.

Europa sollte also einen Handelskrieg riskieren?

Harold James: Ja, absolut. Europa hat sich als ziemlich schwach erwiesen, eingeschüchtert von mächtigen nationalen Lobbyisten. Es ist Zeit für ein neues Kapitel.

Markus Brunnermeier: Man sollte im Hinterkopf behalten, dass Donald Trump auch nicht im langfristigen Interesse der Amerikaner handelt. Es ist Wahnsinn, Indien auf die andere Seite zu treiben. Aber Europa

„Für Europa ist wichtig, nicht nur Worte zu finden, sondern auch Taten folgen zu lassen“

sollte keinen Handelskrieg mit den USA anfangen. Ich würde schon versuchen, clever und mit Souveränität vorzugehen, und die Wogen zu glätten. Es geht doch darum, dem globalen Süden eine Alternative zu den Vereinigten Staaten oder zu China anzubieten: Die haben Europa nicht auf dem Schirm, weil sie denken, sie könnten die neuesten Technologien nur von Amerika oder von China bekommen. Da hat Europa in den letzten zwei Dekaden geschlafen – nicht nur die Staaten, auch die Privatwirtschaft.

Und? Wacht die Europäische Union rechtzeitig auf?

Markus Brunnermeier: Ich glaube schon. Jetzt ist es wichtig, die regulatorischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass mehr Innovation stattfinden kann, dass Europa in diesem Rennen um die neue Technologien wettbewerbsfähige Angebote machen kann. Wäre ich zum Beispiel Indien und müsste nicht zwischen den Vereinigten Staaten und China wählen, würde ich lieber mit Europa etwas machen.

Warum?

Markus Brunnermeier: Weil ich wüsste, dass die Europäer sich an Regeln und Verträge halten.

Soll Europa also den Digital Services Act abspecken, um attraktiverer für Unternehmen zu werden, die mit Daten Innovationen schaffen?

Markus Brunnermeier: Ja. Es ist schon wichtig, dass man gewisse Grundwerte vertritt. Aber Europa hat Regulierungen für Technologien gemacht, die es noch gar nicht gab. Das ist nicht klug. Von daher ist es wichtig, die Regulierung anzupassen. Aus geopolitischer Sicht ist es für die ganze Welt wichtig, dass Europa voranschreitet oder zumindest aufholt und als attraktive Alternative in Frage kommt.

Harold James: Es war die zentrale Einsicht Mitte des 20. Jahrhunderts, dass große Machtkonzentrationen in der Wirtschaft schädlich sind. Das sind sie immer noch. Gerade jetzt aber bringt die künstliche Intelligenz viele Möglichkeiten, die scheinbar übermächtigen digitalen Plattformen herauszufordern und ihre Stellung anzugreifen. Schauen Sie das chinesische Künstliche-Intelligenz-Werkzeug Deepseek an. Die Chinesen haben mit minimalem Aufwand und Strukturen eine Künstliche Intelligenz auf den Markt gebracht, die äh- ➤➤

► ► lich leistungsfähig ist wie die amerikanischen Modelle, die Milliarden gekostet haben und immens viel Energie verbrauchen. Da hat Europa seine Chance!

Das hört sich ja jetzt alles so an, als habe Europa doch viele Instrumente in der Hand, um wieder zu einem attraktiven Partner zu werden und möglicherweise den regelbasierten Freihandel in irgendeiner Form wieder zu einem Standard in der Welt zu machen. Gibt es denn genug Zeit dafür? Oder stecken wir schon bald in einer neuen Weltwirtschaftskrise?

Markus Brunnermeier: Die Bedrohung einer größeren Krise ist real. Doch die Finanzmärkte können auch disziplinierend wirken. Wenn wir jetzt eine kleinere Krise bekämen, würde das vielleicht auch der Trump-Regierung zeigen, dass dieser Weg eine Sackgasse ist. Von daher ist es besser, wenn frühzeitig eine kleinere Krise für Berichtigungen sorgen würde. Schon jetzt fragen sich die Investoren, ob US-Staatspapiere noch ein sicherer Hafen sind. Da hat sich die Antwort seit dem Frühjahr gedreht, die Zweifel wachsen. Wenn das so weitergeht, kann es schon sein, dass sich andere sichere Häfen entwickeln müssen. Europa muss dann ein European Safe Asset anbieten.

Sie meinen Eurobonds?

Harold James: Es steckt uns immer noch das Trauma einer Wiederholung der Eurokrise in den Knochen. Im Moment, wo die Zeichen in Frankreich auf Gefahr stehen, ist dieses Thema besonders schwierig. Aber es ist auch besonders wichtig. Ja. Europa muss da vorankommen.

Markus Brunnermeier: Ich stimme mit Harold überein, dass die Situation in Frankreich nicht einfach ist. Aber insgesamt ist es schon möglich und nötig, jetzt europäische Papiere

zu entwickeln, die als sicherer Hafen dienen können – ohne dass man Eurobonds mit gemeinsamer Haftung einführt. Sollten die US-Staatspapiere ihren Sicherer-Hafen-Status verlieren, sollte Europa mit einer langfristig tragfähigen Lösung bereitstehen. Europa stellt jetzt die Weichen für die nächsten Jahrzehnte, es muss eine Vision entwickeln. Wenn es sich fragt, wie es in der Zukunft aussehen will und auch daran arbeitet, könnte es auch den finanziellen Rahmen dafür kreieren. Und ich hoffe, der deutsche Bundeskanzler wird vorgehen. Er hat vermutlich noch die längste Regierungszeit aller europäischen Staatschefs vor sich.

Es wird kein Zurück zur alten Zeit geben, diese Illusion muss man begraben

Wenn es so weitergeht wie im Moment, würde ich da keine Wette machen.

Markus Brunnermeier: Auch wenn die Regierung auseinanderbräche, könnte Friedrich Merz Kanzler bleiben. Er könnte eine Minderheitsregierung weiterführen, mit einem Expertenkabinet. Ja, die Herausforderung ist sehr groß, aber gerade in solchen Situationen entsteht politische Leadership: Wenn Deutschland jetzt in Zusammenarbeit mit den europäischen Nationen eine solche Vision entwickelt, würde sich Europa wieder als führender Kontinent für Freiheit und Wettbewerb präsentieren.

Selbst wenn Europa das wollte, und selbst wenn es sich politisch zusam-

menraufen würde: Wie lange würde es dauern, auch im globalen Wettbewerb wieder nach vorn zu kommen?

Harold James: Wie lange die Instabilität dauern wird, weiß niemand. Länder, die ein Trauma wie den Brexit 2016 oder wie jetzt die zweite Trump-Regierung durchleben, brauchen wahrscheinlich sehr lange, bis sie die Spaltungen überwinden. Das Gute an Europa ist, dass es solche tiefen Gräben hier noch nicht gibt. Der Brexit ist ein Abschreckungsmoment für Länder wie Ungarn oder Polen gewesen, die in Versuchung waren. Deshalb kann im Augenblick nur Europa für den Westen auf diese regelbasierte Idee von Kooperation, von zwischenstaatlichen Verhandlungen und Verständnis setzen. Das kann ein Beispiel für Afrika, für Lateinamerika, für Asien sein. Später.

Werden irgendwann auch die USA wieder dabei sein?

Markus Brunnermeier: Natürlich. Ich gehe davon aus, dass die USA sich wieder ändern werden. Aber es wird kein Zurück zur alten Zeit geben, diese Illusion muss man begraben. Wir müssen die Kraft haben, uns von alten Fesseln zu befreien und nicht sentimental zu werden. Wir leben in einer wesentlich schnelleren Zeit, die Probleme entstehen schneller, sie müssen schneller gelöst werden. Dafür brauchen wir eine Aufbruchsökonomie, die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Wenn ein neuer Weg vielleicht nicht so gut funktioniert wie erhofft, muss man sich schnell anpassen, zurückfedern und eine Alternative suchen. Man darf nicht in eine Angsthaltung verfallen. Die Bereitschaft zur Veränderung ist das A und O.

Harold James: Die Welt verändert sich radikal. Aber diese Veränderung kann auch zu gewissen Vorteilen führen. Gerade für Europa. ■

A man in a dark suit and tie is crouching on a wooden floor, looking down at a small object in his hand. The background is a solid blue color.

ACATIS Datini Valueflex Fonds

Ob Aktien weltweit, Bitcoin oder andere Chancen – der Fonds ist Dr. Hendrik Lebers Spielwiese für mutige Investments. Mit hoher Volatilität, aber auch einer beeindruckenden historischen Rendite. Denn wer Chancen ausschöpfen will, darf sich nicht vor Schwankungen fürchten.

ACATIS
seit 1994

ACATIS Investment Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH - Taunusanlage 18 - 60325 Frankfurt - Tel +49-69-97 58 37 77 - www.acatis.de

Bisherige Wertentwicklungen sind keine Garantie für künftige Erträge.

Die Unterlage dient nur der Information und ist keine Anlageempfehlung oder Aufforderung zum Fondskauf. Die dargestellte Anlagemöglichkeit kann für bestimmte Anleger wegen ihrer speziellen Anlageziele und finanziellen Situation ungeeignet sein. Privatpersonen sollten sich vor einem Fondskauf fachlich beraten lassen. Trotz sorgfältig ausgewählter Quellen kann die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Genauigkeit der Informationen nicht garantiert werden. ACATIS stellt die Verkaufsprospekte, Basisinformationsblätter (BIB), Jahres- und Halbjahresberichte ihrer Fonds kostenlos auf Deutsch bereit (www.acatis.de). Die ACATIS Investment KVG mbH hat ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main, Deutschland, und wird von der BaFin, Marie-Curie-Straße 24-28, 60439 Frankfurt, beaufsichtigt.

Digitale Souveränität – Europas neue Machtfrage

Ohne eigene technologische Grundlagen droht Europa zum Spielball globaler Interessen zu werden. Eine neue Digitalpolitik muss jetzt strategische Handlungsfähigkeit schaffen – im Interesse von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand, fordert **Luise Hölscher**

Deutschland und Europa stehen an einem Scheideweg ihrer digitalen Entwicklung. Während der technologische Fortschritt global rasant voranschreitet, hat sich in vielen Schlüsselbereichen eine strukturelle Abhängigkeit von Drittstaaten verfestigt. Insbesondere im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zeigt sich dies deutlich: Der europäische Markt für KI-Basismodelle, Cloud-Infrastrukturen und Betriebssysteme wird in weiten Teilen von einigen wenigen US-amerikanischen Großkonzernen dominiert. Diese Zusammenarbeit mag aus wirtschaftlicher Perspektive kurzfristig bequem erscheinen, doch sie birgt gravierende strategische Risiken – wirtschaftlich, gesellschaftlich und sicherheitspolitisch.

Gleichzeitig wächst der Druck aus einer anderen geopolitischen Richtung: China hat mit seiner Strategie eines staatlich gelenkten Technonationalismus eine globale Ambition formuliert, die weit über wirtschaftliche Interessen hinausgeht. Die Volksrepublik strebt systematisch nach Kontrolle über Lieferketten, Halbleiterproduktion, KI-Technologien und digitale Infrastrukturen. Europa bezieht bis heute zentrale Rohstoffe – etwa seltene Erden – in hohem Maße aus chinesischer Produktion. Zudem ist die europäische Wirtschaft in vielen Bereichen auf elektronische Komponenten, Endgeräte und Netzwerktechnologien



Prof. Dr. Luise Hölscher
ist Staatssekretärin im
Bundesministerium für
Digitales und Staats-
modernisierung und
Mitglied der Ludwig-
Erhard-Stiftung.

angewiesen, die entweder in China gefertigt werden oder unter chinesischem Einfluss stehen.

Diese zweifache Abhängigkeit – technologisch von den USA, rohstofflich und industriell von China – macht Europa im digitalen Zeitalter verwundbar. Es besteht die reale Gefahr, dass unser Kontinent bei der Gestaltung der digitalen Zukunft nicht als Akteur, sondern lediglich als Markt betrachtet wird. Der Verlust eigener Gestaltungsmacht in einer der entscheidenden Transforma-

tionsphasen unserer Zeit würde Europas Innovationsfähigkeit, Wettbewerbsposition und politische Souveränität auf Jahre hinaus schwächen.

Dennoch ist bei aller kritischen Analyse Augenmaß geboten. Die Vereinigten Staaten sind und bleiben ein essenzieller Partner Europas – nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem auch politisch und wertebasiert. Es geht nicht darum, bestehende Partnerschaften infrage zu stellen oder internationale Kooperationen zu kappen. Vielmehr bedarf es einer Neugewichtung: Europa muss in die Lage versetzt werden, technologisch eigenständig zu handeln, Standards mitzugestalten und in zentralen Bereichen der Digitalisierung strategische Unabhängigkeit zu erreichen. Nur dann ist echte Partnerschaft auf Augenhöhe möglich.

Freiheit und Staatlichkeit in der digitalen Gesellschaft

Was bedeutet digitale Souveränität konkret? Sie ist mehr als technologische Selbstgenügsamkeit. Digitale Souveränität bezeichnet die Fähigkeit von Individuen, Unternehmen und staatlichen Institutionen, digitale Technologien und Infrastrukturen eigenständig gestalten, betreiben und kontrollieren zu können – ohne dabei in strukturelle Abhängigkeit von anderen zu geraten oder demokratische Kontrolle aufzugeben.

FOTO: BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN/PHOTOTHEK

Dabei umfasst Souveränität mehrere Ebenen. Für den Einzelnen geht es um informationelle Selbstbestimmung, um das Recht, über die Nutzung der eigenen Daten zu entscheiden, um Schutz vor Überwachung und Diskriminierung und um die Fähigkeit, digitale Werkzeuge mündig zu nutzen. Für Unternehmen bedeutet Souveränität, auf vertrauenswürdige Technologien zugreifen zu können, die nicht im Verdacht stehen, Geschäftsgeheimnisse abzuschöpfen oder innovationshemmende Abhängigkeiten zu erzeugen. Und für den Staat geht es letztlich um die Wahrung seiner Handlungsfähigkeit – im Inneren wie im Äußeren.

In der Tradition Ludwig Erhards ist Freiheit nicht nur als politische, sondern auch als wirtschaftliche und menschliche Dimension zu verstehen. Im digitalen Zeitalter tritt die digitale Freiheit als vierte Dimension hinzu. Sie ist untrennbar mit der Fähigkeit zur digitalen Selbstbestimmung verbunden. Wer keine Kontrolle über zentrale digitale Infrastrukturen und Anwendungen hat, verliert mittelfristig auch seine Fähigkeit zur freien Entfaltung, zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur politischen Gestaltung.

Europäische Leuchttürme und strategische Hebel

Doch digitale Souveränität entsteht nicht allein durch Technologie. Sie setzt auch Kompetenz voraus – in der Verwaltung, in der Wirtschaft, in der Bildung. Die Fähigkeit, digitale Entwicklungen zu verstehen, kritisch zu hinterfragen und konstruktiv zu gestalten, ist eine Schlüsselressource. Ebenso entscheidend ist ein stabiler rechtlicher Ordnungsrahmen, der Innovation ermöglicht, faire Wettbewerbsbedingungen schafft und gleichzeitig die Rechte der Bürgerinnen und Bürger schützt. Auf europäischer Ebene sind hier in den

letzten Jahren wichtige Fortschritte gemacht worden – etwa mit dem Digital Markets Act, dem AI Act oder der Datenschutz-Grundverordnung. Dennoch bleibt die Herausforderung groß: Der Aufbau einer leistungsfähigen, vertrauenswürdigen und transparenten digitalen Infrastruktur in öffentlicher wie privater Hand ist noch lange nicht abgeschlossen.

Europa verfügt bereits heute über zahlreiche Leuchttürme digitaler Souveränität: Start-ups und mittel-

Die Fähigkeit, digitale Entwicklungen zu verstehen, kritisch zu hinterfragen und konstruktiv zu gestalten, ist eine Schlüsselressource der digitalen Souveränität

ständische Unternehmen, die mit innovativen Softwarelösungen und IT-Dienstleistungen weltweit punkten; Forschungszentren, die im Bereich Künstliche Intelligenz und Cybersicherheit führend sind; und eine wachsende Community von Open-Source-Entwicklern, die Lösungen für öffentliche Verwaltungen und Unternehmen bereitstellt.

Beispielsweise zeigen Projekte in Estland und Finnland, wie digitale Verwaltung souverän und bürgernah funktionieren kann. In Deutsch-

land fördern Initiativen zur Cybersicherheit und zu souveränen Datenräumen zunehmend die technologische Eigenständigkeit. Diese „hidden champions“ bilden das Rückgrat einer europäischen Digitalwirtschaft, die mit dem globalen Wettbewerb Schritt halten kann.

Der europäische Binnenmarkt mit rund 450 Millionen Menschen und einem gemeinsamen Wertesystem ist eine einmalige Ausgangsbasis, um diese Potenziale weiter zu heben. Ziel muss es sein, nicht nur Technologie zu importieren, sondern selbst globale Standards zu setzen und Digitalkonzerne von morgen in Europa zu etablieren.

Eigenes Ministerium als Motor der digitalen Transformation

Das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) bündelt erstmals strategische Hebel der digitalen Transformation in einer eigenständigen Struktur. Es versteht sich als Gestalter und politischer Ermöglicher, der digitale Lösungen fördert, Vertrauen in Technologie stärkt und souveräne digitale Infrastruktur ausbaut; denn bislang ist Europa in vielen Bereichen der digitalen Wirtschaft eher Konsument als Produzent. Das muss sich ändern.

Regulatorisch verfolgt das BMDS eine faktenbasierte, verhältnismäßige und innovationsfreundliche Politik, die Rechte wahrt und zugleich technologischen Fortschritt ermöglicht. Technologische Unabhängigkeit ist dabei kein Selbstzweck. Sie dient der Wahrung wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit, der Sicherung von Innovationskraft und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der zentrale Hebel ist eine leistungsfähige europäische Digitalwirtschaft, die mit internationalen Wettbewerbern auf Augenhöhe agieren kann. ■

Die Jungen denken ans Auswandern

Mehr als die Hälfte der jungen Deutschen glaubt nicht mehr daran, dass es ihnen einmal besser gehen wird als ihren Eltern, und denkt übers Auswandern nach. **Stefan Kolev** hat diesen Pessimismus untersucht und macht Vorschläge, was im „Herbst der Reformen“ geschehen sollte

Wenn eine Gesellschaft ihre jungen Menschen zu verlieren droht, ist das ein deutliches Zeichen dafür, dass etwas nicht in Ordnung ist. Wenn das Kapital aus dem Land abfließt oder die Innovationen woanders stattfinden, kann man solche abstrakten Facetten des Wohlstandsverlusts eine Weile ignorieren. Wenn aber die eigenen Kinder und Enkel das Land zu verlassen beginnen, sollte jeder verstehen, dass sich etwas ändern muss.

Solche Erfahrungen haben viele Gesellschaften gemacht, etwa die neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung oder die Staaten in Mittel- und Osteuropa. Für die gesamte deutsche Gesellschaft allerdings sind derartige Erfahrungen ungewohnt und verdienen daher umso mehr Aufmerksamkeit. Denn aktuell scheint etwas in Bewegung zu kommen, was in der Tat beunruhigend ist: Junge Menschen haben in der Bundesrepublik verstärkt genau solche Gedanken – entweder an das physische Auswandern oder an die innere Emigration, also den Rückzug in das eigene Schneckenhaus.

Wenn junge Menschen auswandern, brechen die langfristigen Grundlagen der Ordnung weg: All das, was man sich von der jungen Generation verspricht, droht auszu bleiben: das gesellschaftliche Engagement, die Innovationen, die geleistete Arbeit, das angesparte Kapital, auch der eigene Nachwuchs.

Der langfristige Charakter dieser Gefahren korrespondiert mit dem

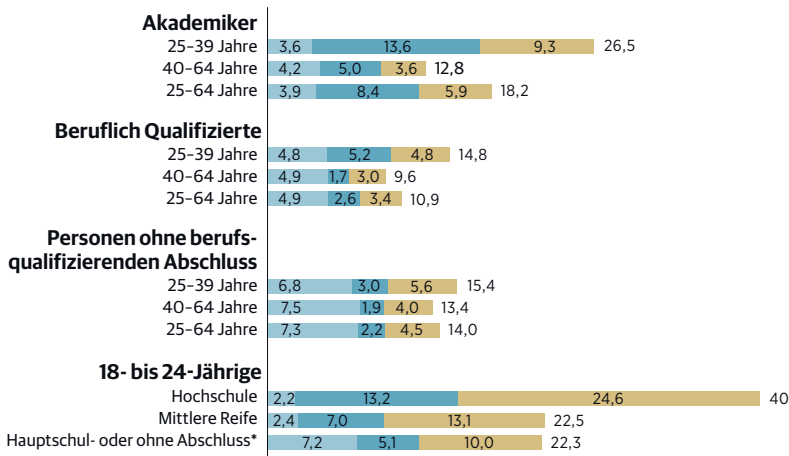


Stefan Kolev
ist der wissenschaftliche
Leiter des Ludwig-Erhard-
Forums für Wirtschaft
und Gesellschaft in
Berlin und Professor für
Wirtschaftspolitik an
der Westsächsischen Hoch-
schule Zwickau.

langfristigen Anspruch der Ordnungspolitik, die Wirtschaft so zu gestalten, dass diese auch in der langen Frist attraktiv bleibt. Wenn also junge Menschen über das Auswandern nachzudenken beginnen, ruft das gerade nach einer ordnungsökonomischen Analyse – aufgeteilt in Diagnose und Therapie.

Im Rahmen der Studie „Wohlstand für Junge“ wurde das Meinungsforschungsinstitut INSA damit beauftragt, 1000 Bürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren zum Thema Auswandern zu befragen. Manche Ergebnisse erschrecken. Das Zeugnis, das die befragten jungen Bürger dem Standort Deutschland ausstellen, ist in weiten Teilen niederschmetternd.

Abwanderungsabsichten nach Bildungsstand
Anteile in Prozent; Stand: 2019



* Nicht mehr in schulischer Ausbildung

Quelle: Geis-Thöne (2022)

FOTO: CHRISTIAN GERBER

Einige zentrale Ergebnisse seien hier zusammengefasst. Mehr als die Hälfte der Befragten etwa findet, dass der Generationenvertrag zwischen Alt und Jung sich immer mehr zuungunsten der Jüngeren verschiebt. Als Hürden für die mögliche Selbstständigkeit nennt die Hälfte die Abgabenlast und die Bürokratie hierzulande. Knapp die Hälfte glaubt nicht daran, dass man es durch eigene Anstrengung besser haben wird als die Generation der Eltern. Und mehr als die Hälfte der Befragten zweifelt daran, dass die Politik die Interessen der jungen Generation fair berücksichtigt.

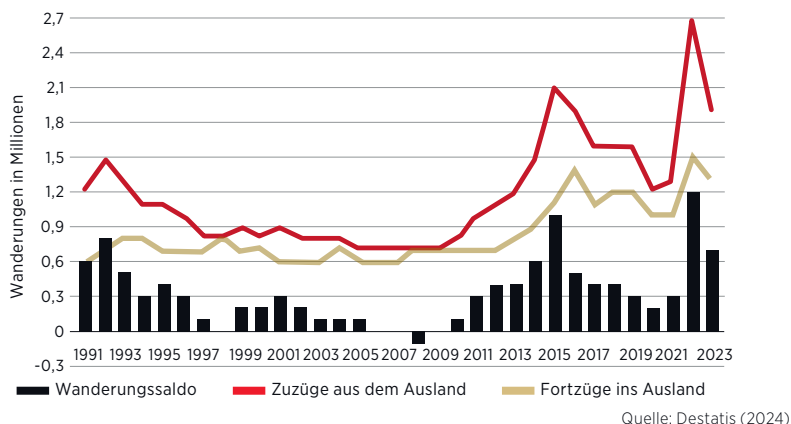
Misstrauensvotum der Jungen

Diese problematischen Tendenzen haben sich außerdem jüngst zugespitzt: Mehr als die Hälfte erklärt, dass in den vergangenen drei Jahren der Wunsch nachgelassen habe, das eigene ökonomische Potenzial in Deutschland zu entfalten. Vor allem aber bekundet etwa die Hälfte der Befragten, dass sie darüber nachgedacht haben, Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen zu verlassen.

Die 54 Prozent, die sich eine berufliche Zukunft im Ausland vorstellen können, nennen am häufigsten folgende drei Motive als Vorteile des Auslands: geringere Steuern und Abgaben, geringere Lebenshaltungskosten und bessere finanzielle Aufstiegschancen. Fragt man bei diesen 54 Prozent nach, wie konkret die Auswanderungspläne sind, spricht mehr als die Hälfte von konkreten Plänen. Die Gründe, warum man die Entscheidung scheue, sind ebenfalls aufschlussreich: Genannt werden an erster Stelle die Sprache, der Verlust des sozialen Umfelds und das Risiko des finanziellen Scheiterns.

Der Blick auf das Gesamtphänomen Auswanderung zeigt einen Prozess, der bereits besorgniserregende Dimensionen angenommen hat.

Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland



In der deutschen Migrationsdebatte wird häufig die Zahl von 400 000 genannt, wenn es darum geht, wie viel Einwanderung das Land aus demografischen Gründen benötigt. Selten wird allerdings beachtet, dass es sich dabei um eine Nettoszahl handelt. Sie ergibt sich aus der Differenz der Bruttozuwanderung - also aller neu hinzukommenden Zuwanderer - und der Auswanderung.

Seit 2015 ist aber nicht nur die Bruttozuwanderung nach Deutschland stark gestiegen, sondern auch die Auswanderung. Die Zahl der Fortzüge bewegt sich seitdem in der Größenordnung von einer bis 1,2 Millionen Menschen. Von den aktuellen Auswanderungszahlen gehen etwa 200 000 auf deutsche und etwa 900 000 auf ausländische Staatsbürger. Wenn also die Aus-

wanderung bei etwa einer Million bleibt, benötigt man Jahr für Jahr eine Bruttozuwanderung von etwa 1,4 Millionen Menschen, um die demografische Lücke zu schließen - und das jedes Jahr.

Fachkräftelücke immer größer

Wohin geht die Auswanderung? Bei deutschen Staatsbürgern sind es „die üblichen Verdächtigen“, also die Schweiz, Österreich, Großbritannien und die USA. Besonders interessant bei ausländischen Bürgern sind Polen, Rumänien und Bulgarien wegen ihrer erheblichen Zuwanderung in den vergangenen Jahrzehnten. Die drei Länder wiesen lange einen dauerhaft positiven Wanderungssaldo aus. Allerdings ging dieser in den vergangenen Jahren gegen null: Es gehen mittlerweile also etwa so viele Menschen zurück, wie nach Deutschland kommen. Gut für Polen, Rumänien und Bulgarien - hierzulande entstehen aber neue Fachkräftelücken, etwa im Gesundheits- und Pflegesektor, der besonders stark von der früheren Zuwanderung profitiert hatte.

So viel zur beunruhigenden Diagnose. Wie in der Medizin, so ist es auch für eine ordnungsökono- ➤➤

**Wohlstand für
Junge muss wieder
ein glaubhaftes
Versprechen sein**

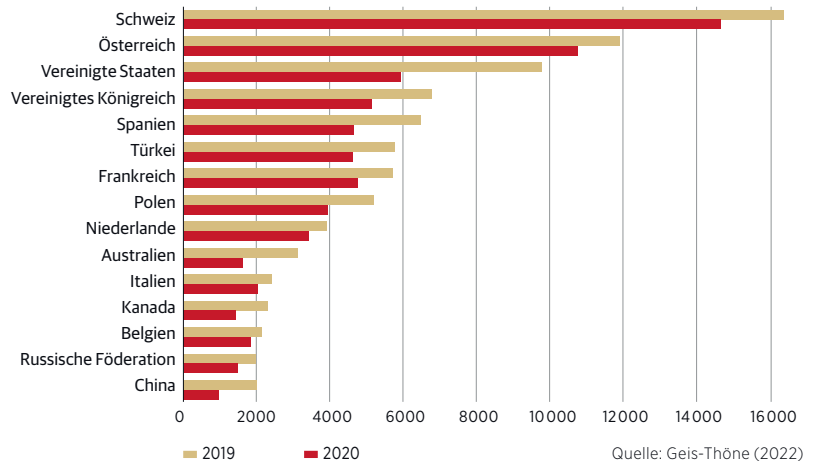
►► mische Analyse unverzichtbar, dass diese schonungslos ausfällt. Was sich daran anschließen muss, ist eine optimistische Therapie - die Auflistung von Bedingungen also, nach deren Erfüllung es wieder bergauf geht.

In der Studie „Wohlstand für Junge“ gruppieren wir diese Bedingungen in zwei übergeordnete Kategorien: das Preis-Leistungs-Verhältnis des deutschen Staates sowie die zu erwartende Dynamik der deutschen Wirtschaft. Selbstverständlich erschöpfen diese zwei Kategorien nicht alles, was junge Menschen bewegt. Aber die Kategorien beschreiben notwendige Bedingungen, ohne deren Erfüllung sich das trübe Bild vom Standort nicht aufhellen wird.

Das Preis-Leistungs-Verhältnis des Staates betrachtet die von ihm bereitgestellten Leistungen, etwa die Infrastruktur oder das Bildungs- und Gesundheitssystem. Dessen Preis wiederum sind vor allem die Steuern und Abgaben, aber auch die durch Regulierung entstehenden Kosten sowie die Lasten der staatlichen Verschuldung. Das Sondervermögen Infrastruktur macht deutlich, dass Deutschland dort ein Problem hat. Andere staatliche Leistun-

Die beliebtesten Zielländer deutscher Auswanderer

Die 15 beliebtesten Länder 2019 und 2020



gen werden ebenfalls als unzulänglich wahrgenommen.

Wohlstandsversprechen wackelt

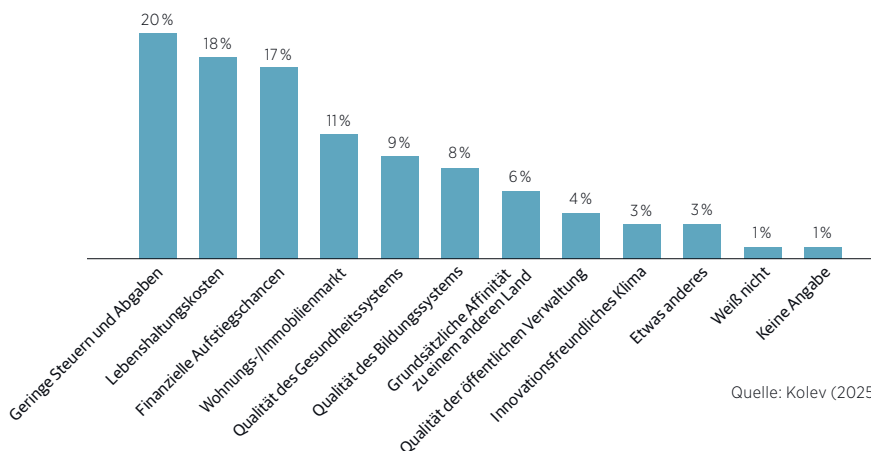
Blickt man hingegen auf den Preis, so hat sich der Steuerstandort im internationalen Vergleich in den letzten Jahren insofern verschlechtert, als andere Länder nennenswerte Steuersenkungen durchsetzen, während hierzulande Reformen ausblieben. Die Kosten der Regulierung sind oft höher als in ande-

ren EU-Ländern, weil der deutsche Gesetzgeber viele EU-Vorschriften überambitioniert umsetzt. Schließlich bringen die „Sondervermögen“ künftige Lasten für die junge Generation - insbesondere wenn Teile des Sondervermögens konsumtiv ausgegeben werden.

Schließlich ist die erlahmte Dynamik eine riesige Baustelle. Wenn sich die gegenwärtige Stagnation fortsetzt, während etwa osteuropäische Länder weiterhin ordentlich wachsen, wird das den Sog dorthin verstärken. Deutschland muss seine Defizite beim Faktor Arbeit, bei den Investitionen und den Innovationen dringend ausbessern - und dies von einem Sozialstaat begleiten, der fiskalisch nachhaltig ist und deshalb als fair betrachtet wird.

Gegenwärtig ist vom „Herbst der Reformen“ die Rede. Dieser Beitrag bietet eine handfeste Empfehlung: Bitte reformieren Sie den Standort so, dass die Wahrscheinlichkeit für die Auswanderung junger Menschen sinkt. Denn wenn „Wohlstand für Junge“ kein glaubhaftes Versprechen mehr ist, wird auch „Wohlstand für Alle“ zur Illusion.

Was ist der wichtigste Faktor bei der Entscheidung, sich Ihre berufliche Zukunft im Ausland aufzubauen?





LUDWIG
ERHARD
STIFTUNG

Für Freiheit und Verantwortung

Altbundeskanzler Ludwig Erhard gründete 1967 die Ludwig-Erhard-Stiftung und gab ihr die Aufgabe, für freiheitliche Grundsätze in Wirtschaft und Politik einzutreten und die Soziale Marktwirtschaft wachzuhalten und zu stärken. Sie tritt politischem Opportunismus und Konformismus mit einem klaren Leitbild entgegen: Freiheit und Verantwortung als Fundament einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für den mündigen Bürger.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die gemeinnützige Stiftung auf die tatkräftige und finanzielle Hilfe derer angewiesen, die sich Ludwig Erhard, seinen Ideen und seinem Werk verbunden fühlen. Durch Ihre Spende oder Mitgliedschaft im Freundeskreis ermöglichen Sie uns, weiterhin – unabhängig von Parteien und Verbänden – für Ludwig Erhards Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu werben und zu streiten.

SPENDENKONTO

IBAN: DE39 3807 0059 0027 2005 00
BIC: DEUTDE380 Deutsche Bank AG Bonn



Deutschland kann Künstliche Intelligenz

Eine Studie der OECD hat Deutschland gerade bescheinigt, nicht nur in der KI-Grundlagenforschung, sondern auch in angewandten Forschung Weltspitze zu sein. **Kristina Sinemus** ist überzeugt davon, dass wir mit den richtigen Rahmenbedingungen Vorreiter bleiben können

Wir leben in einer Zeit tiefgreifenden Wandels. Die Welt, wie wir sie kannten, ordnet sich neu – wirtschaftlich, geopolitisch und gesellschaftlich. Wertschöpfungsketten verschieben sich, neue Technologien verändern rasant die Art, wie wir arbeiten, leben und wirtschaften. Digitale Innovationen, Disruptionen, Datenökonomie, künstliche Intelligenz und Quantentechnologien werden zu den entscheidenden Treibern unseres künftigen Wohlstands.

Wer jetzt nicht ambitioniert in die Zukunft investiert – finanziell, intellektuell und strategisch –, der verliert den Anschluss. Neben der Anschlussfähigkeit unserer Wirtschaft dürfen wir die Menschen nicht vergessen. Denn Teile unserer Gesellschaft haben Mühe, mit dem rasanten technischen Fortschritt Schritt zu halten.

Das stellt uns vor entscheidende Fragen: Wie gestalten wir unsere gemeinsame Zukunft? Wie nutzen wir Daten intelligent, um neues Wachstum zu generieren? Wie schaffen wir neue Arbeitsplätze durch Innovation – und sichern bestehende, gerade in Schlüsselbranchen? Und vor allem: Wie nehmen wir alle Menschen mit – von jung bis alt?

Fest steht: Es zählt nicht mehr allein, was wir erreicht haben. Entscheidend ist, was wir jetzt tun. Dafür braucht es Mut zur Entscheidung, strategische Weitsicht und ei-



Prof. Dr. Kristina Sinemus
ist Hessische Ministerin
für Digitalisierung und
Innovation.

nen klaren politischen Gestaltungswillen. Künstliche Intelligenz ist dabei längst keine ferne Zukunftsvision mehr, sondern bereits heute in vielen Bereichen Realität, sei es in der Medizin, in der Industrie oder in unseren Smartphones. Deutschland hat das Potenzial, auf diesem Gebiet eine führende Rolle zu übernehmen. Doch um dieses Potenzial zu heben, müssen wir es schaffen, KI nicht nur zu entwickeln, sondern sie auch in die Anwendung zu bringen.

Die Voraussetzungen dafür sind da, und Deutschland hat seine Stärken – das hat auch die OECD im vergangenen Jahr in einer umfassenden Länderstudie bestätigt. In der KI-Grundlagenforschung und der angewandten Forschung sind wir Weltspitze. Exzellente Hochschulen

und Forschungsinstitute, international wettbewerbsfähige Unternehmen, leistungsfähige Branchencluster und hochqualifizierte Fachkräfte bilden ein starkes Fundament. Hinzu kommt eine leistungsfähige digitale Infrastruktur: Mit dem Rhein-Main-Gebiet verfügt Deutschland schon heute über einen der attraktivsten und wichtigsten Rechenzentrumsstandorte weltweit – nicht zuletzt durch Europas größten Internetknoten DE-CIX in Frankfurt.

Potenziale stärker nutzen

Und die Zahlen geben uns recht: Allein die hessische Digitalwirtschaft erwirtschaftete im Jahr 2024 mehr als 43 Milliarden Euro Umsatz und beschäftigte über 130 000 Menschen. Der Digitalverband Bitkom prognostiziert für 2025 ein Wachstum des deutschen IKT-Markts um 4,4 Prozent auf rund 236 Milliarden Euro – mit weiter steigenden Beschäftigtenzahlen.

Doch wir müssen unsere Potenziale stärker nutzen und insgesamt schneller werden. Die Herausforderung liegt darin, den Transfer von der Forschung in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Anwendung konsequent zu verbessern. Nur wenn Wissenschaft, Industrie und öffentliche Hand gemeinsam agieren, können wir die gesamte Wertschöpfungskette von KI in Deutschland abbilden und international wettbewerbsfähig bleiben.

FOTO: STAATSKANZLEI/PAUL SCHNEIDER

Dazu braucht es drei Dinge: eine leistungsfähige Infrastruktur, gezielte Investitionen und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Der Dreiklang besteht aus Internetknoten, Rechenzentren und digitalen Infrastrukturen. Die durch Rechenzentren bereitgestellten Speicherkapazitäten für Daten und Datenverarbeitung sind eine wesentliche Grundlage für die künftige Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und vor allem auch für den weiteren Ausbau und Einsatz von künstlicher Intelligenz. Denn sowohl die Digitalisierung etablierter Dienste und Tätigkeiten als auch die Innovationen im digitalen Bereich entwickeln sich rasant und steigern den Bedarf an Rechenleistung kontinuierlich.

Gleichzeitig braucht es mehr Investitionen - und zwar sowohl öffentlich als auch privat. Gerade für innovative Unternehmen in der Wachstumsphase ist es in Deutschland noch immer zu schwer, Risikokapital zu erhalten. Deshalb begrüße ich es sehr, dass die EU-Kommission seit Jahresbeginn neue Initiativen zur Stärkung des KI-Standorts angekündigt hat. Auch die Bundesregierung setzt mit der „Hightech Agenda Deutschland“ ein wichtiges Signal und stellt den Transfer von Forschung in die Anwendung in den Mittelpunkt.

KI-Zukunftsagenda

In Hessen verfolgen wir genau diesen Weg bereits seit mehreren Jahren. Mit unserer ressortübergreifenden Digitalstrategie und der KI-Zukunftsagenda haben wir seit 2022 mehr als 100 Millionen Euro gezielt in den Aufbau eines leistungsfähigen KI-Ökosystems investiert. Unter dem Label „KI made in Hessen“ bündeln wir strategisch Initiativen, Projekte und Strukturen, um nachhaltige Wirkung zu erzielen.

Hessen setzt bereits zahlreiche Impulse mit verschiedenen Initia-

tiven und Förderprogrammen - für alle Unternehmensgrößen -, um Innovationsprojekte und Forschungsergebnisse in praktische Anwendungen zu überführen. Umgesetzt wurde beispielsweise die Gründung eines KI-Innovationslabors, das KI-Recheninfrastruktur und Beratung für Unternehmen, Start-ups, die Wissenschaft und Behörden bereitstellt. Hier können KI-Anwendungen entwickelt, trainiert und evaluiert werden - ein konkreter Mehrwert für die Praxis.

Auch ist das Land Hessen gemeinsam mit dem Verband der Elektrotechnik Elektronik Informations Technik e.V. (VDE) Gesellschafter der AI Quality & Testing Hub GmbH. Diese bietet Lösungen, Beratungs- und Weiterbildungsangebote zur Verbesserung von KI-Qualität. Zudem fördern wir mit unserem Programm Distr@l gezielt Innovationen. Seit 2019 wurden rund 160 KMU und Start-ups mit insgesamt rund 53 Millionen Euro unterstützt.

KI kann helfen, die Lebensqualität spürbar zu verbessern

Hierauf bauen wir auf und werden „KI made in Hessen“ in den nächsten Jahren gezielt weiterentwickeln. Dabei wollen wir Wissenschaft und Praxis noch stärker verzahnen und die anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung sowie den Transfer in die Praxis unterstützen.

Was die Hightech-Agenda des Bundes und unsere hessische KI-Agenda verbindet, ist das gemeinsame Ziel, Künstliche Intelligenz nicht als technisches Selbstzweckssystem zu betrachten, sondern als Schlüssel zur Lösung unserer drängendsten Zukunftsfragen. Von der Medizin bis zur Mobilität, vom Energiesektor bis zur Bildung - KI kann helfen, Ressourcen besser zu nutzen, Prozesse effizienter zu gestalten und die Lebensqualität spürbar zu verbessern.

Verlässlicher Rahmen

Damit das gelingt, braucht es neben digitaler Infrastruktur und gezielten Investitionen vor allem auch einen verlässlichen Rahmen, der Innovation nicht ausbremst, sondern ermöglicht. Die europäische KI-Verordnung ist ein bedeutender Schritt hin zu einer einheitlichen Regulierung. Doch wir müssen aufpassen, dass sie nicht neue Bürokratie schafft und Innovation behindert. Vielmehr müssen Innovationsfreundlichkeit, Risikodifferenzierung und Rechtssicherheit Hand in Hand gehen.

Deutschland kann Künstliche Intelligenz. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an - strategisch, mutig und gemeinsam. Die Technologien sind da. Die Talente auch. Die Anwendungsfelder sind zahlreich. Entscheidend ist nun, dass wir handeln - über föderale Ebenen hinweg, mit einem klaren Gestaltungsanspruch und dem festen Willen, die digitale Transformation zum Wohle aller zu nutzen - und dabei alle Menschen mitzunehmen: durch Transparenz, Aufklärung und Teilhabe.

Nur wenn neben den technischen und wirtschaftlichen Aspekten auch gesellschaftliches Vertrauen geschaffen wird, kann das enorme Potenzial der Künstlichen Intelligenz verantwortungsvoll ausgeschöpft werden. ■

Wir können noch Weltmeister

Innovationsprozesse beginnen in der Regel mit einer Analyse des Status quo. Wie innovativ ist Deutschland heute, fragen **Rafael Laguna de la Vera** und **Thomas Ramge** und stellen fest, dass die Lage gar nicht so schlecht ist, wie der Chor der Pessimisten oft klingt

Nach wie vor schneiden wir in den meisten internationalen Innovationsrankings gut ab, schaffen es aber nicht mehr aufs Treppchen. Meist landet Deutschland irgendwo zwischen Platz 5 und 10. Die Lage der Innovationsnation ist also nicht so schlecht, wie der Chor der Pessimisten oft klingt. Aber ebenfalls offenkundig ist: Wenn wir an unsere historischen Innovationserfolge von der Gründerzeit und den 1950er- und 1960er-Jahren anknüpfen wollen, müssen wir dem deutschen Innovationssystem auf die Sprünge helfen.

Wie könnte eine zweite Gründerzeit aussehen, die herausragende Forschung in Erfindungen und dann neue Industrien überführt – so wie es Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts beispielsweise Robert Bosch, Gottlieb Daimler, Friedrich Bayer, Werner von Siemens und Alfred Krupp gelang? Und: Welche historischen Lehren bietet die deutsche Erfolgsgeschichte unter der wirtschaftspolitischen Ägide Ludwig Erhards? Wie kann sich Deutschland mit neuen Weltmarktführern und starken Konzernen als Innovationsnation mit Weltmeisterambition selbst neu erfinden?

Mindestens drei Sprünge müssen hierfür gelingen:

1. Sciencepreneure fördern – und vor allem keinen Knüppel zwischen die Beine werfen

Das Wissenschaftssystem der Gründerzeit nach 1871 war nicht nur finanziell gut ausgestattet, unter an-



Rafael Laguna de la Vera und Thomas Ramge

Rafael Laguna de la Vera (r.) ist Gründungsdirektor der Bundesagentur für Sprunginnovationen. Dr. Thomas Ramge ist Sachbuchautor, Keynote-Speaker und Host des Podcasts „SPRIND“.

derem durch Reparationsgelder aus dem Deutsch-Französischen Krieg. Es war auch an den Schnittstellen von Wissenschaft und Industrie überraschend durchlässig. Professoren führten ihre Lehrstühle so wirtschaftsnah, wie wir es heute eher von amerikanischen Elite-Unis kennen, die sich das deutsche System wiederum damals genau angeschaut hatten. Doktoranden wechselten flexibel aus Instituten in frisch gegründete Unternehmen und bei Bedarf wieder zurück. Bayer, Daimler, Siemens und BASF sind allesamt Firmen, die mit exklusivem geistigem Eigentum gegründet wurden.

Heute fielen sie in die Kategorie „IP heavy Startups“. Und sie bekamen vom Staat großzügige Anschubfinanzierungen. Der „Return on Investment“ des späten Kaiserreichs war ein Wirtschaftsboom, der Deutschland nicht nur seinen Platz als wirtschaftliche Großmacht sicherte, sondern auch den Aufbau eines vorbildlichen Sozialstaats finanzierte.

Nicht jeder herausragende Wissenschaftler muss ein Deep-Tech-Startup gründen. Aber wir müssen jene viel stärker fördern, die Lust darauf haben. Wenn Forschende auf Grundlage ihrer Forschungsergebnisse mit einem Businessplan für ein Spin-off bei der Lizenzabteilung ihrer Forschungseinrichtung aufschlagen, stehen ihnen meist langwierige Verhandlungen bevor. Ergebnis dieser Verhandlungen sind dann oft restriktive Bedingungen und hohe Beteiligungen der „Mutterhäuser“, die für den Rest der Unternehmensgeschichte ein Klotz am Bein bleiben.

In den USA sind stille Beteiligungen der Investmentvehikel der Universitäten in Höhe von drei Prozent üblich. Das gibt Gründern den Freiraum, mit privatem Risikokapital internationale Champions zu formen. Die gute Nachricht lautet: Mit der Transferallianz kommt auch in Deutschland endlich Bewegung ins Lizenzspiel.

Geistiges Eigentum ist freilich nur ein Aspekt des „ganz formalen Wahnsinns“ mit dem Gründer im Allgemeinen und Sciencepreneure

FOTO: THOMAS VICTOR

im Besonderen zu kämpfen haben. Meist findet sich mit viel Zeit und Mühe irgendwann eine Lösung. Aber rechtliche und bürokratische Hürden – von überzogenem Datenschutz über Dokumentationspflichten bis zum Arbeitsrecht – sind einer der beiden größten Wettbewerbsnachteile deutscher Innovatoren. Wir brauchen Fast-Track-Verfahren für Technologiegründungen und One-Stop-Shops für alle rechtlichen Fragen. Der zweite große Wettbewerbsnachteil für die hoch innovativen Weltmeister der Zukunft ist der Zugang zu Kapital.

2. Deep Tech skalieren – und endlich Wachstumskapital verfügbar machen

Deutsche Start-ups sterben nicht in der Gründungsphase, zumindest nicht aus Kapitalmangel. In der Regel scheitern sie, wenn die Technologie bewiesen hat, dass sie funktioniert und dann globale Märkte erobern soll. Während amerikanische und chinesische Konkurrenten in späteren Finanzierungsrunden für die Wachstumsphasen Hunderte Millionen Euro einsammeln, müssen deutsche Unternehmen mit Bruchteilen auskommen – oder abwandern.

Ein Teil der Lösung ist ein integrierter europäischer Kapitalmarkt. Dazu gehört auch eine europäische Tech-Börse, die es Wachstumsunternehmen ermöglicht, kapitalmarktfähig zu werden, ohne nach New York oder London zu müssen. Gleichzeitig müssen wir unsere Pensionsfonds und Versicherungen mobilisieren. Während amerikanische Altersvorsorgefonds selbstverständlich in Venture Capital investieren, verstecken sich deutsche Institutionen hinter regulatorischen Ausreden. Das ist nicht nur renditefeindlich, es ist im größten Ausmaß innovationsfeindlich.

Gleiches gilt übrigens auch für die Zurückhaltung großer europäischer Unternehmen, aufstrebende Start-up-Davids zu übernehmen und ihre Technologien und Produkte dann mit den Vertriebsmöglichkeiten eines global vernetzten Goliath zum Welterfolg zu verhelfen.

Ein neuer Pakt zwischen Staat und privatem Kapital kann hier einen wichtigen Beitrag leisten: Der Staat stellt Teilgarantien für Spätphaseninvestitionen, private Investoren bringen Know-how und Netzwerke ein. So bekommen auch deutsche Deep-Tech-Unternehmen

Regulierung runter, Sprunginnovation fördern – und dann machen lassen

Zugriff auf die tiefen Taschen, die nötig sind, um aus einem wissenschaftlichen Durchbruch ein global erfolgreiches Unternehmen zu machen – so wie Özlem Türeci und Uğur Şahin aus ihren Erkenntnissen der mRNA-Forschung den in Mainz gegründeten globalen Player Biontech geformt haben.

Die Alternative ist ebenfalls offenkundig: Unsere besten Köpfe entwickeln in München oder Heidelberg, Hamburg oder Berlin spannende Technologien – und verkaufen sie dann an chinesische oder angelsächsische Konzerne oder Investmentfonds. Heute gehen rund 80 Prozent der vom High-Tech Gründerfonds (HTGF) kofinanzierten Unternehmen beim Exit in ausländische Hände. Damit wandert dann häufig auch der größte Teil der hier erdachten Wertschöpfung aus Deutschland ab.

3. Kontrolle ist schlechter – mit Technikoptimismus Zukunft gestalten

In vielen Gesprächen mit Politikern und Vertretern großer deutscher Unternehmen nehmen wir eine grundpessimistische Haltung wahr. Der weitere Abstieg Deutschlands und Europas sei im Rennen gegen die Tech-Supermächte USA und China vorherbestimmt. Den Status quo zu halten wäre schon ein Erfolg. Dieser Pessimismus ist nicht nur die beste Anleitung, den Abstieg zur selbst erfüllenden Prophezeiung werden zu lassen, er ist zudem mit einem nüchternen Blick auf Ressourcen und Potenziale offenkundig Unsinn. Der Lauf der Dinge ist nicht vorherbestimmt, sondern Ergebnis von Entscheidungen und Handlungen.

Die notwendigen Schritte in eine gelungene wirtschaftliche Zukunft Deutschlands dank hoher Innovationskraft sind klar. Der Draghi-Report vom Herbst 2024 hat sie für Europa sehr systematisch aufgearbeitet. Auf eine Formel gebracht, lauten sie: Regulierung runter, Investitionen rauf, potenzielle Sprunginnovatoren fördern – und dann machen lassen. Gesellschaftlich ist die Grundvoraussetzung für den Sprung an die innovative Weltspitze jedoch eine Rückkehr zum Technikoptimismus des späten Kaiserreichs und der jungen Bundesrepublik.

Die heutige Überregulierung ist Ausdruck von Angst und Misstrauen: Angst vor der Zukunft und Misstrauen gegenüber Individuen in Verantwortung. Wenn wir diese Default-Einstellung überwinden, werden wieder viele neue Weltmarktführer aus Deutschland kommen.

Wir haben die Wissenschaftler, die Ingenieure, und wir haben das Kapital. Ob wir im großen Innovationsspiel wieder ganz vorne mitmischen wollen, ist eine Frage der Ambition. ■

Der Standort entscheidet

Der deutschen Industrie, namentlich dem Automobilbau, werden von der Politik aus Brüssel und Berlin nicht nur Ziele vorgegeben, sondern immer mehr Details für deren Umsetzung diktiert, beklagt **Hildegard Müller**. Es brauche jetzt eine echte Reformagenda und niedrige Stromkosten

Der Anspruch und das Leitmotiv der deutschen Automobilindustrie sind klar: Wir wollen digitale, klimaneutrale Mobilität so schnell wie möglich realisieren und auch in Zukunft die innovativsten, sichersten und besten Produkte bauen. Dafür investieren die Unternehmen der deutschen Automobilindustrie in den kommenden vier Jahren rund 320 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung sowie weitere 220 Milliarden Euro in Sachinvestitionen, insbesondere in den Aus- und Umbau ihrer Werke. Damit schaffen die Unternehmen auch die notwendigen Kapazitäten für den Hochlauf der Elektromobilität.

Schon heute gilt: Deutschland ist der weltweit zweitgrößte Produktionsstandort für E-Fahrzeuge. Allein in diesem Jahr werden hierzulande voraussichtlich 1,7 Millionen E-Pkw gefertigt. Und unsere E-Autos sind weltweit beliebt, ganz besonders im Heimatmarkt: Sieben von zehn in Deutschland verkauften Elektroautos stammen von deutschen Herstellern, in Europa ist es jedes zweite. Kurzum: Unsere Branche liefert. Doch leider zeigt sich immer deutlicher, dass zwar die deutsche Autoindustrie wettbewerbsfähig ist, der Wirtschaftsstandort Deutschland aber nicht.

Das zeigen auch die Investitionen unserer Industrie, die zunehmend nicht mehr in Deutschland, sondern im Ausland getätigt werden. Laut einer Umfrage, die unser Verband durchgeführt hat, planen



Hildegard Müller
Präsidentin des Verbandes
der Automobilwirtschaft
und Vorsitzende des Senats
der Fraunhofer Gesellschaft.

75 Prozent des automobilen Mittelstandes, vorgesehene Investitionen in Deutschland zu verschieben, ins Ausland zu verlagern oder ganz zu streichen. Das ist alarmierend. Wir als deutsche Automobilindustrie wollen, dass Arbeitsplätze und Wohlstand erhalten bleiben, wir wollen auch künftig hierzulande unsere Produkte und Autos fertigen. Dafür aber muss sich dringend etwas tun am Wirtschaftsstandort.

Besonders der Mittelstand leidet unter überbordender Bürokratie – jedes zweite Unternehmen sieht darin ein Investitionshemmnis. Die Finanzierungsbedingungen sind insbesondere für den industriellen Mittelstand schwierig. Zu alledem kommen hohe Energiepreise hinzu: Der Strompreis in Deutschland ist bis zu

dreimal so hoch wie in China oder den USA, der Gaspreis bis zu fünfmal. Gerade aber für die hier ansässige Industrie, aber auch für die Batterie- und Halbleiterproduktion, die für den Hochlauf der E-Mobilität wichtig sind, sind global wettbewerbsfähige Strompreise entscheidend. Im Übrigen ist leider auch das Steuer- und Abgabenniveau zu hoch: Im OECD-Vergleich lag Deutschland 2024 auf Platz 2 – ganz sicher kein Ranking, in dem ein Land weit vorn liegen sollte.

Reformagenda dringend nötig

Angesichts einer Welt im Wandel und vielfältiger neuer globaler Herausforderungen wie etwa der US-Zölle, die die Unternehmen der deutschen Automobilindustrie jährlich Milliarden kosten werden, sind Berlin und Brüssel umso dringender aufgefordert, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes wiederherzustellen. Deutschland und Europa müssen die Rahmenbedingungen für Investoren wie Unternehmen international wettbewerbsfähig ausgestalten, um als Investitionsstandorte wieder interessanter und relevanter zu werden.

Für Berlin und Brüssel muss jetzt die Maxime gelten: Alles, was Wachstum schafft! Es braucht dringend eine umfassende Reformagenda. Das heißt konkret: weniger Regulierung, den Abbau von Bürokratie, ein tragfähiges Energiekonzept, ein wettbewerbsfähiges Steuer- und Abgabensystem, schnellere

FOTO: DOMINIK BUTZMANN/VDA

Planungs- und Genehmigungsverfahren. Ebenso sind mehr Freihandels- und Rohstoffabkommen nötig, um etwa einseitige Abhängigkeiten in den Lieferketten zu verringern. Zu lange wurden die Herausforderungen unserer Industrie politisch ignoriert. Jetzt geht es an die Substanz.

Um die Automobilhersteller und die Zulieferer – viele davon Mittelständler – in der Transformation zur klimaneutralen Mobilität zu unterstützen und im internationalen Wettbewerb zu stärken, braucht es einen politischen Mentalitätswandel. Die Politik muss einsehen, dass das Konzept der überbordenden Regulierung grundlegend gescheitert ist. Auch Mario Draghi hat dies in seinem Report festgehalten. Transformation durch Regulierung vorantreiben zu wollen funktioniert nicht. Das gilt auch mit Blick auf klimaneutrale Mobilität.

Ziele setzen ist noch keine Politik

Nicht nur Ziele wurden von der Politik gesetzt, sondern auch immer mehr Detailvorgaben für die Umsetzung diktiert. Dabei wurde verkannt: Ziele zu setzen ist noch keine Politik – nein, auch die Voraussetzungen für das Erreichen der Ziele müssen geschaffen werden. Doch diese Aufgabe hat die Politik viel zu lange vernachlässigt. Hier muss dringend mehr passieren: Stromnetze ausbauen, mehr Lademöglichkeiten schaffen, Ladestrompreis senken und die Rohstoffbeschaffung sichern. Darauf weisen wir als Auto-

mobilitätsindustrie seit Jahren mit Nachdruck hin.

Ich bin überzeugt: Wenn die Welt sich wie in den letzten Jahren so fundamental ändert und die Politik zudem ihre Hausaufgaben nicht macht, muss darauf politisch reagiert werden. Unsere Unternehmen brauchen Flexibilität statt starrer Vorgaben und drohender Strafzahlungen. Ich wünsche mir hier wieder mehr Vertrauen seitens der Politik in die Wirtschaft.

Ohne Frage wird die Elektromobilität den Hauptbeitrag zur Erreichung der Klimaziele beitragen, es ist jedoch falsch, wenn die Politik Lösungen ausschließt, die helfen können, die Ziele zu erreichen. Die EU muss den Weg zur Klimaneutralität technologieoffen gestalten und den Beitrag, den erneuerbare Kraftstoffe oder auch Wasserstoff leisten können, wieder stärker in den Blick nehmen.

Die Herausforderungen für Europa, für Deutschland und für die Industrien, die hier ansässig sind, sind groß. Aber ich bin fest davon über-

Die EU muss den Weg zur Klimaneutralität technologieoffen gestalten

zeugt, dass sie zu bewältigen sind – wenn Klimaschutz und Wirtschaft nicht gegeneinander ausgespielt, sondern zusammengedacht werden; wenn Klimaschutz ein wirtschaftliches Modell ist, das sich für die Menschen lohnt und das Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland und Europa schafft.

Es mangelt nicht an klugen Köpfen

Trotz aller Herausforderungen blicke ich positiv in die Zukunft, denn die Kraft und die Innovationsfähigkeit unserer Industrie, die ich jeden Tag erleben darf, stimmen mich zuversichtlich. Es mangelt uns nicht an klugen Köpfen, Ingenieurskunst und weltweit einzigartigen Innovationen – das beweisen wir täglich aufs Neue. Etwa im Bereich des autonomen Fahrens: Hier sind die deutschen Hersteller ganz vorn mit dabei, im hochautomatisierten Fahren sind wir sogar weltweit führend.

Die Eindrücke, die ich immer wieder bei zahlreichen Besuchen bei unseren Mitgliedsunternehmen sammeln kann, die Lösungen, die dort vorgestellt werden, und die anpackende Art und Weise dieser Branche, dieser Menschen stimmen mich ebenfalls zuversichtlich. Wir verstehen Krisen als Chancen und wollen weiter die besten, innovativsten und sichersten Autos bauen. Wir wollen Teil der Erzählung von einem modernen Deutschland sein, das begeistert. Für das jeder Einzelne anpacken will, um gemeinsam Erfolgsgeschichte zu schreiben. ■

Die neue Welt der Zölle

Donald Trump begründet die neue US-Zollpolitik damit, dass Handels- und Leistungsbilanzdefizit der USA dauerhaft negativ sind. **Volker Wieland** zeigt, dass dies so sein muss, solange die heimische private Ersparnis zur Finanzierung des US-Haushaltsdefizits nicht ausreicht

Mit seinen Zöllen hat Donald Trump Freund und Feind geschockt, Welthandel und Finanzmärkte durch die Mangel gedreht und uns in Europa scheinbar zu Verteidigern des Freihandels gejoint. Die ökonomische Denke, die hinter Trumps Politik steckt, hat die Regierung in größter Dramatik in ihrer Eingabe beim obersten Bundesgericht vom 3. September dieses Jahres dargelegt. In nahezu apokalyptischen Worten beschrieb sie die Konsequenzen, wenn der U.S. Supreme Court nicht die Trump'schen Zollbeschlüsse auf der Basis des International Economic Emergency Powers Act von 1977 umgehend als legal erklären würde.

Katastrophale, das „Land töten-de“ Handelsdefizite in Höhe von 1,2 Trillionen Dollar pro Jahr hätten eine anhaltende wirtschaftliche Notlage historischen Ausmaßes herbeigeführt. Die USA stünden am Abgrund einer großen Wirtschafts- und nationalen Sicherheitskatastrophe. Das Handelsdefizit habe die inländische industrielle Basis ausgehöhlt. Industrielle Fertigungskapazitäten würden fehlen und die Verteidigung wäre abhängig von ausländischen Gegnern. Ursache seien die asymmetrischen Zölle und Handelsbarrieren fast aller Handelspartner der USA.

Das Gegenteil ist der Fall. Das Handels- und das Leistungsbilanzdefizit der USA bewegen sich zwar seit der Jahrtausendwende anhaltend zwischen zwei und sechs Prozent



Prof. Dr. Volker Wieland ist Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie und Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability an der Goethe-Universität Frankfurt. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung.

der Wirtschaftsleistung. Trotzdem hat die Produktion der verarbeitenden Industrie in den vergangenen 20 Jahren inflationsbereinigt um 30 Prozent zugenommen. Die Fertigungskapazitäten sind nicht ausgehöhlt, sondern absolut deutlich gestiegen. Die US-Wirtschaftsleistung insgesamt hat seit 2005 sogar um real 50 Prozent zugenommen.

Das ist eine Erfolgsgeschichte, getrieben vom schnellen Wachstum des IT-Sektors und der wissensintensiven Dienstleistungen. Le-

diglich relativ gesehen ist der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zurückgegangen. Der wirtschaftliche Erfolg rührt daher, dass die US-Wirtschaft dynamisch und flexibel auf strukturelle Veränderungen und technologische Entwicklungen reagiert hat. Ein hohes Maß an Eigenverantwortung sowie Gewinnchancen für unternehmerisches Handeln in einem von (auch internationalem) Wettbewerb geprägten Umfeld mit vergleichsweise geringer Regulierung, aber hoher Offenheit für Innovation und Veränderung haben zu dieser Dynamik beigetragen.

USA wuchsen stärker als EU

In diesen zwei Dekaden wuchsen die deutsche und die französische Wirtschaftsleistung jeweils nur um 25 Prozent. In Deutschland ist der Industrieanteil höher als in den Vereinigten Staaten und vergleichsweise stabil geblieben. Das absolute Wachstum der deutschen Industrie war somit nicht höher als das der amerikanischen. Handels- oder Leistungsbilanzdefizit sind übrigens keine verlässliche Indikatoren für Wachstumserfolg. Während Exportweltmeister Deutschland in diesem Zeitraum einen jährlichen Leistungsbilanzüberschuss zwischen vier und neun Prozent des BIP aufwies, war es in Frankreich meist ein leichtes Defizit.

Man kann die Leistungsbilanz und die Wirkung der Zölle aus makro- und mikroökonomischer Sicht

betrachten. Die makroökonomische Sicht hilft zu erklären, warum Überschuss oder Defizit nicht per se gut oder schlecht ist noch Zölle ein effektives Mittel sind, sie zu beeinflussen. Die mikroökonomische Sicht dagegen hilft zu verstehen, warum Freihandel und Globalisierung entscheidend zu Wachstum und Wohlstand beigetragen haben.

Die Leistungsbilanz berücksichtigt internationale Zahlungsflüsse aus Exporten und Importen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufenden Übertragungen. Dem stehen Kapitalflüsse und öffentliche Transfers gegenüber. Ein Leistungsbilanzdefizit muss finanziert werden. Kapital fließt zu. Das Nettoauslandsvermögen sinkt. Bei einem Überschuss ist es umgekehrt. Aus makroökonomischer Sicht gibt es einen Buchungszusammenhang zwischen der Summe aus staatlicher und privater Ersparnis abzüglich der Investitionen eines Landes und seiner Leistungsbilanz.

Dominante Reservewährung

Für die USA gilt, solange der Staat sich weiter verschuldet, aber Investitionen in die Privatwirtschaft gleichzeitig hohe Renditen versprechen, kann das Leistungsbilanzdefizit fortbestehen. Dabei hilft die dominante Rolle des Dollar als Reservewährung. Zölle haben zwar Einfluss auf die absolute Höhe der Warenexporte und -importe, aber der Effekt auf das Netto ist beschränkt. Wechselkurse und Preisniveauänderungen bieten makroökonomische Kanäle für einen Ausgleich der Zolleffekte auf das Defizit.

Aus mikroökonomischer Sicht verzerren Zölle international die relativen Preise von handelbaren Gütern. Der Freihandel ermöglicht es Ländern, Vorteile voll auszuschöpfen, die sich aus Spezialisierung und Arbeitsteilung ergeben und aus

technologischen Stärken und unterschiedlicher Ressourcenausstattung herrühren. Darüber hinaus stärkt er die Rolle des Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren für Innovationen, die zu neuen Investitionen und Wachstum führen.

Zwar ergeben sich aus der Mikroökonomik durchaus Argumente für optimale Zölle, etwa wenn ein großes Land mit seiner Nachfrage den Weltmarktpreis eines Gutes beeinflussen kann oder wenn sich stra-

Solange die USA sich weiter ver- schulden, aber Investitionen in die Privatwirtschaft hohe Renditen ver- sprechen, kann das Leistungsbilanz- defizit fortbestehen

tegische Vorteile aufgrund von Skaleneffekten und oligopolistischen Marktstrukturen ergeben. Diese Vorteile schwinden allerdings, wenn sie auf Gegenmaßnahmen der Handelspartner treffen.

Freihandelsabkommen sind stattdessen von beiderseitigem Nutzen. Jedenfalls bezeugt der enorme weltweite Wohlstandszugewinn die Vorteile aus der großen Steigerung des Welthandels in den vergangenen fünf Jahrzehnten. Die Globalisierung kennt überwiegend Gewinner.

Gleichwohl stellen sich Verteilungsfragen. Nicht jeder hat in gleicher Weise Anteil an dem Zuzug. Mittel- oder wenig qualifizierte Fachkräfte in den USA sahen sich hartem internationalem Wettbewerb ausgesetzt. So ist es Donald Trump gelungen, eine politische Mehrheit zu schmieden, indem er klassische Industriearbeiter und Menschen mit geringeren Einkommen von sich und seiner Politik überzeugt hat.

Zollpolitik zur Umverteilung

Seine Zollpolitik muss vor diesem Hintergrund wohl als ein Werkzeug für Umverteilung verstanden werden. Entsprechend inszenierte er das Inkrafttreten der Zölle als „Tag der Befreiung“ mit Industriearbeitern und Gewerkschaftsvertretern. Er will mehr Arbeitsplätze im verarbeitenden Sektor, auch wenn dies die Leistung der US-Wirtschaft insgesamt reduziert. Es ist eine sehr teure und voraussichtlich nicht besonders wirksame Art der Umverteilung.

Deutschland hat eine große Investitionsgüterindustrie, die zwangsläufig einen hohen Exportanteil aufweist. Das führt nicht zwingend zu einem Leistungsbilanzüberschuss, aber es macht verwundbar gegenüber Zöllen. Außerdem sind wir auf die militärische Unterstützung der USA angewiesen.

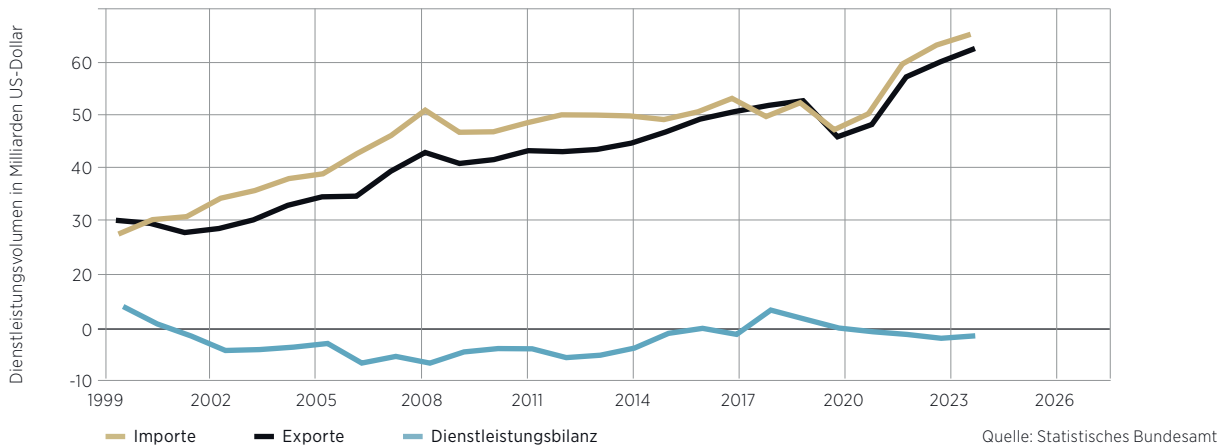
Umso wichtiger ist es, dass Deutschland Reformen umsetzt, die die Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen und die Verteidigung stärken. Steuern, Abgaben und Regulierung sind zu reduzieren, sodass die Wirtschaft dynamischer auf Veränderungen reagieren und anhaltendes Wachstum durch Innovationen und strukturellen Wandel erreichen kann. Handelshürden in Europa müssen dringend abgebaut und neue Freihandelsabkommen wie mit den Mercosur-Staaten rasch umgesetzt werden. ■

Mit Mythen aufräumen

US-Präsident Trump fordert von Deutschland mehr Investitionen in den USA und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz. Die Zahlen zeigen: Die Dienstleistungsbilanz ist fast ausgeglichen, und die Überschüsse der Handelsbilanz fließen als Direktinvestitionen in die Vereinigten Staaten zurück.

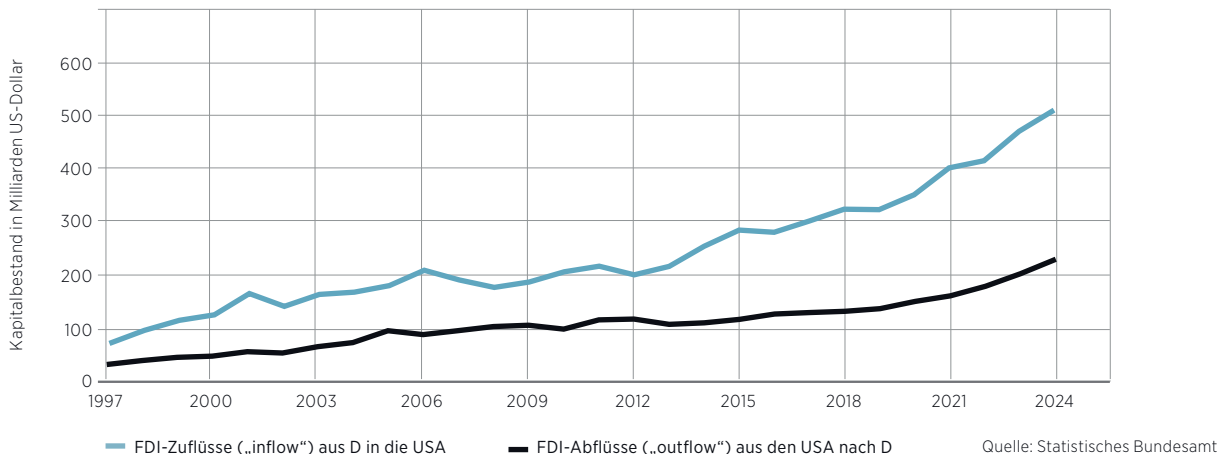
Dienstleistungsbilanz: USA und Deutschland etwa gleichauf

Die Statistik zeigt die Entwicklung des Dienstleistungshandels der USA mit Deutschland von 1999 bis 2024. Im Jahr 2024 hat das Dienstleistungsdefizit der USA im Dienstleistungshandel („trade in services“) mit Deutschland rund 2,7 Milliarden US-Dollar betragen.



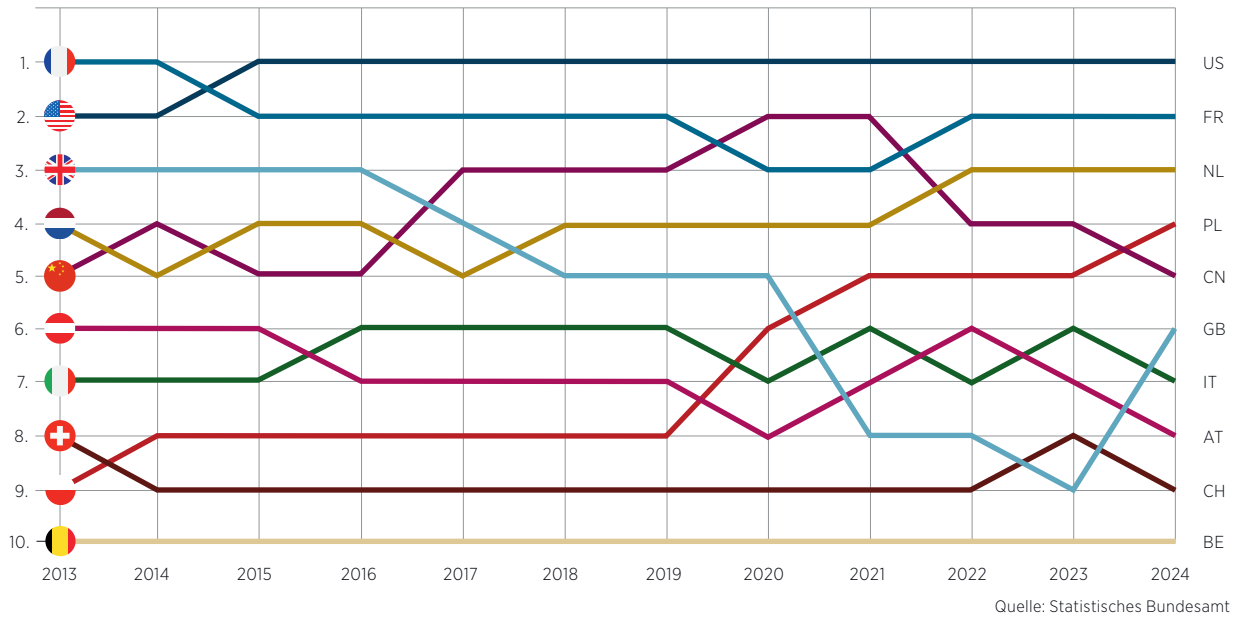
Deutschland investiert mehr in den USA als umgekehrt

Kapitalbestand an Direktinvestitionen zwischen den USA und Deutschland, aufgeschlüsselt nach Zuflüssen („inflow“) und Abflüssen („outflow“) von 1997 bis 2024 (in Milliarden US-Dollar). Im Januar 2024 betrug der Kapitalbestand deutscher Direktinvestitionen (FDI) in den USA rund 506,2 Milliarden US-Dollar. Im Vergleich zum Vorjahr 2023 hat sich der Kapitalbestand um etwa 40 Milliarden US-Dollar erhöht.



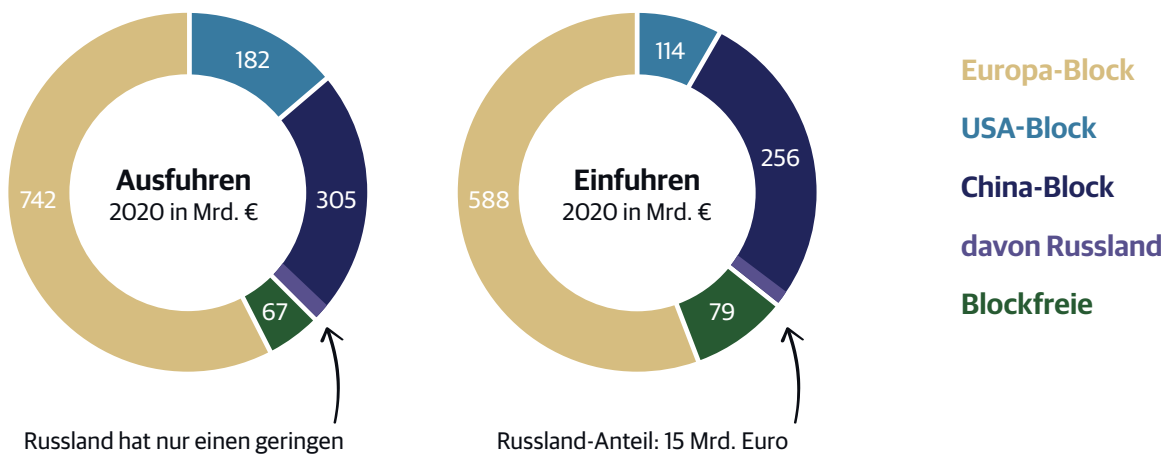
Wohin die deutschen Exporte gehen

Rangliste der Zielländer deutscher Exporte nach Wert



Was Deutschland zu verlieren hat

Außenhandel Deutschlands mit den globalen Blöcken



Mit Verteidigung die Wirtschaft stärken

Nach der von Wladimir Putin erzwungenen Zeitenwende stehen wir vor neuen Herausforderungen. Unsere erste Reaktion – gewaltige Schulden – ist keine befriedigende Strategie. **Roland Koch** ist der Ansicht, dass der Epochenwechsel weder Krieg noch Wohlstandsverlust bedeuten muss

Der Blick nach vorne darf durchaus optimistisch sein: Wenn Abschreckung funktioniert, wird es weiterhin globale Märkte geben, für die es sich zu arbeiten lohnt. Aber dazu ist eine neue ökonomische Strategie, die ich „verteidigungsorientierte Wirtschaftsstrategie“ nenne, notwendig.

Diese Strategie befasst sich mit den wirtschaftlichen Dimensionen des Epochenbruchs und der daraus zu entwickelnden „Großen Strategie“. Neue Optionen zur Verschuldung, sei es für Verteidigung oder Infrastruktur, können Wirtschaftswachstum auslösen, wenn die Regierung gut handelt. Entscheidend ist, dass eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft dominiert. Das Potenzialwachstum in Deutschland kann steigen, alte Industrien werden gestärkt, und neue entstehen schneller.

Berechnungen zeigen, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,9 bis 1,5 Prozent im Jahr steigen könnte, wenn die EU-Staaten ihre Militärausgaben auf 3,5 Prozent des BIP anheben und eine leistungsfähige europäische Verteidigungswirtschaft heranwüchse.

Die neue Wirtschaftsstrategie muss industrielle Veränderungen schnell aufnehmen und alte Industrien konvertieren. Dies schafft neue Arbeitsplätze und beschleunigt den Strukturwandel, zum Beispiel in der Automobilindustrie. Die Fähigkeit,



**Prof. Dr. h.c. mult.
Roland Koch**
ist Vorsitzender der
Ludwig-Erhard-Stiftung.

zivile Produktionsbetriebe schnell auf Rüstungsgüter umzustellen, ist eine herausragende Leistung der Industriegeschichte. Besonders die Vereinigten Staaten haben in Krisenzeiten oft gezeigt, wie mächtig eine gut organisierte Umstellung sein kann.

Ein leistungsfähiger, innovativer und wachstumsfördernder neuer Wirtschaftszweig muss entstehen. Die Forschungs- und Innovationskraft aller Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird auch für die Verteidigung benötigt. Die sogenannten „Zivilklauseln“, die

jede Zusammenarbeit staatlich geförderter Forschung mit Rüstungsunternehmen ausschließen, widersprechen unseren nationalen Interessen.

Die Unabhängigkeit der Hochschulen könnte die Umsetzung dieser Erkenntnis zu einem langwierigen Prozess machen. Daher sollten die beiden Hochschulen der Bundeswehr durch technische Hochschulen ergänzt werden. Die Fraunhofer-Gesellschaft sollte in der Lage sein, zivil-militärische Forschungszentren zu betreiben. Das geplante Entwicklungs- und Erprobungszentrum der Bundeswehr in Oberbayern könnte ein erster Schritt sein.

Militärische Forschung ankurbeln

Militärische Forschung bringt viele Erkenntnisse, die zivil genutzt eine wichtige Grundlage für Wachstum und Arbeitsplätze sind. Das heutige Internet wurde ursprünglich als ARPANET auf Initiative des US-Verteidigungsministeriums entwickelt. GPS wurde von der US-Navy entwickelt und ist heute aus der zivilen Nutzung nicht mehr wegzudenken. SIRI basiert auf Forschungsprojekten der DARPA (der US-Behörde für Forschungsprojekte der Verteidigung). Diese Beiträge zeigen die volkswirtschaftlichen Chancen, die wir zur Finanzierung der Verteidigungsfähigkeit nutzen müssen. Drohnen, Ortungssysteme, Satelliten und gesteuerte Prozesse können

FOTO: DKE-FOTOS BY DIRK KOCH

ein deutsches Markenzeichen werden. Die Abwehr von Cyberattacken und die Fähigkeit, in gegnerische Programme einzudringen, schaffen IT-Entwicklungszentren, die in zivilen Softwareanwendungen enden.

Die Themen enden nicht bei Drohen oder dem Internet. Treibstoffe, der Einsatz von Rohstoffen und die Nutzung der künstlichen Intelligenz zur Produktentwicklung können helfen, die aktuellen „Fähigkeitslücken“ zu schließen. Die Kriterien für eine umwelt- und klimagerechte Welt müssen immer mitgedacht werden.

Diese neue, verteidigungsorientierte Wirtschaftsstrategie muss ökonomische Rahmenbedingungen für erfolgreiche private Unternehmen schaffen. Die Bestellungen müssen weg von Kleinstserien, und Skaleneffekte müssen eintreten, um leistungsfähige Industrien zu schaffen. Die Entscheidungen auf EU-Ebene zur gemeinsamen Beschaffung sind richtig, müssen aber gelebt werden. Ein Panzer, ein Flugzeug, eine Drohne, compatible Munition sind Teil der Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik. Die Anpassung des Wettbewerbsrechts ist notwendig, um große europäische Einheiten zu ermöglichen. Eine bessere Kapitalversorgung der europäischen Wirtschaft ist ebenfalls erforderlich.

Die Fähigkeit, sich zu verteidigen, erfordert eine andere Art der Regulierung in Bezug auf die kurzfristige Umstellung der zivilen Industrie auf „Kriegstüchtigkeit“. Neue gesetzliche Rahmenbedingungen sind notwendig, um die Verteidigungsfähigkeit durch Mobilisierung industrieller Kräfte zu ermöglichen. In Krisen-

zeiten kann man nur nutzen, was in Friedenszeiten geschaffen wurde. So unangenehm es ist, wir wissen, dass in Krisenzeiten das Eingreifen der Regierung vorbereitet sein muss, um die komplexen Herausforderungen der Kriegsproduktion zu bewältigen und die Versorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Wirtschaftsräume neu denken

Zur „verteidigungsorientierten Wirtschaftsstrategie“ gehört auch ein neuer Blick auf die geopolitischen ökonomischen Zusammenhänge. Die Beseitigung unkontrollierter Abhängigkeiten bedeutet eine neue

Wir müssen einige Jahre mit dem Lebensstandard von heute auskommen

Definition der autarken Mindestversorgung. Ein einheitlicher und geschützter Wirtschaftsraum muss entwickelt werden, der groß genug ist, um Skaleneffekte zu generieren und im Wettbewerb mit anderen großen Wirtschaftsräumen auf Augenhöhe zu sein.

Die derzeitige Europäische Union ist relativ klein, zurzeit zersplit-

tert und daher schwach. Der Fortentwicklung des größeren Europäischen Wirtschaftsraums über die politische Union hinaus muss Priorität bekommen. Mit Großbritannien, der Ukraine, der Türkei, Israel und den nordafrikanischen Staaten kann auf lange Sicht eine wirtschaftliche Gemeinschaft entstehen, die eine starke globale Rolle spielt.

Das Versprechen des damaligen Bundeskanzlers Olaf Scholz nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine im März 2022, dass die Menschen in ihrem täglichen Leben und bei den sozialen Systemen nichts bemerken würden, war falsch. Dennoch gilt: Wohlstand für alle bleibt der richtige Maßstab. Wenn das Produktivitätswachstum für einige Jahre zur Finanzierung der Verteidigung verwendet wird, bleibt eine Erhöhung der Löhne und Renten in Höhe der Inflation möglich. Die Spielräume für Gesundheit und Bildung müssen nicht schrumpfen. Aber wir müssen einige Jahre mit dem heutigen Lebensstandard auskommen. Das ist der Preis für Sicherheit und Freiheit.

Die USA haben den Schutz der Souveränität und Freiheit der Staaten Europas aus der Selbstverständlichkeit in die Unberechenbarkeit geführt. Sie konfrontieren uns mit einer Vorstellung von der internationalen Ordnung, die sich von der unseren entfernt. „Postliberalismus“ ist kein neuer transatlantischer Grundkonsens. Deutschland und Europa brauchen einen Plan. Eine Große Strategie ohne wirtschaftliche Stärke wird nicht gelingen. Eine verteidigungsorientierte Wirtschaftsstrategie kann eine wichtige Säule eines solchen Plans sein. ■

Wir müssen den Traum einer Welt ohne Grenzen verteidigen

Aus persönlicher Erfahrung weiß Familienunternehmerin **Sarna Röser**, wie eng wirtschaftlicher Erfolg mit Offenheit und globaler Zusammenarbeit verbunden ist. Sie weist darauf hin, dass die Lösungen unserer Zeit nicht in nationalen Silos, sondern in globalen Netzwerken entstehen

Diese Zeilen schreibe ich als junge Familienunternehmerin, die mitten in der Transformation des deutschen Mittelstands steht. Mein Unternehmerleben ist geprägt von Reisen, Gesprächen mit internationalen Geschäftspartnern und dem Aufbau neuer Netzwerke über die Grenzen hinweg.

Ob Treffen mit Unternehmerinnen und Unternehmern in Indien, Gespräche mit Ministerien im Nahen Osten oder Austausch mit Mittelständlern in Europa, überall spüre ich, wie eng unser Erfolg mit Offenheit und globaler Zusammenarbeit verbunden ist. Und gleichzeitig erlebe ich, wie gefährlich die neuen Tendenzen von Abschottung und Protektionismus sind. Gerade jetzt gilt es, Haltung zu zeigen. Denn der Traum einer Welt ohne Grenzen ist kein schöner Gedanke aus der Vergangenheit, sondern eine Aufgabe für unsere Zukunft.

Deutschland verdankt seinen Wohlstand der Offenheit. Ich durfte bereits in Kindheitstagen von meinen Großeltern lernen, dass unser Land nach dem Zweiten Weltkrieg, auf den Trümmern der Geschichte, eine unglaubliche Erfolgsgeschichte geschrieben hat. All das dank der Prinzipien Ludwigs Erhards. Freiheit, Wettbewerb und offene Märkte schufen eine Dynamik, die aus einem zerstörten Land eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt machte.

Unsere Unternehmen, ob groß oder klein, sind gewachsen, weil sie den Mut hatten, über den Tellerrand zu schauen. Weil sie Brücken bauten statt Zäune. Ohne Exportweltmeisterschaft kein Wirtschaftswunder. Ohne offenen Welthandel kein Wohlstand für breite Schichten.

Doch dieses Fundament gerät ins Wanken. Protektionismus wirkt wie Rost an einem Stahlträger: unsichtbar am Anfang, aber zerstörerisch auf Dauer. Wer Mauern baut, mag kurzfristig Schutz versprechen,



Sarna Röser
Unternehmerin (Röser Unternehmensgruppe) und stellvertretende Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung.

langfristig aber nimmt er uns die Luft zum Atmen. Es sind nicht die Konzerne, die zuerst ersticken – es sind die mittelständischen Familienunternehmen, die das Rückgrat unseres Landes bilden.

Offenheit ist kein Luxus

Ideen kennen keine Grenzen. Innovation entsteht, wenn sie aufeinanderprallen, sich reiben, verbinden. Ob bei der Digitalisierung, beim Klimaschutz oder in der Biotechnologie: Die Lösungen unserer Zeit entstehen nicht in nationalen Silos, sondern in globalen Netzwerken.

Deutschland allein wird die digitale Transformation nicht prägen. Aber deutsche Technologie kann weltweit wirken, wenn wir Zugang zu Märkten, Kooperationen und Partnern haben. So liefern mittelständische Automatisierungsspezialisten aus Nordrhein-Westfalen Hightechanlagen nach Südostasien, die dort Millionen Arbeitsplätze produktiver und sicherer machen.

Deutschland allein wird auch den Klimawandel nicht aufhalten. Doch Maschinenbauer aus Baden-Württemberg liefern Schlüsseltechnologien für Solaranlagen in Indien, wo über eine Milliarde Menschen Zugang zu sauberer Energie brauchen. Und Medizintechnikunternehmen aus Hessen entwickeln in internationalen Forschungsallianzen gemeinsam mit Partnern in den USA und Israel neue Therapien.

FOTO: PATRYCIA LUKAS

Solche Erfolge sind nur möglich, weil Wissen, Kapital und Märkte offen für alle (internationalen) Teilnehmer sind. Wer sich diesem Austausch versperrt, sperrt die Zukunft aus. Wer Mauern hochzieht, baut nicht Sicherheit, sondern Stillstand. Meine Generation wächst auf in einer Welt der Krisen. Wir haben erlebt, wie eine Pandemie Lieferketten lahmlegte. Wir sehen, wie geopolitische Spannungen Handelsrouten gefährden. Wir spüren, wie Energieabhängigkeiten zum politischen Risiko werden.

Aber gerade darin liegt unsere Aufgabe – auch für uns Familienunternehmer. Rückzug ist keine Antwort. Wir müssen das Steuer übernehmen, Brücken bauen und Horizonte öffnen. Es reicht nicht mehr, im vertrauten europäischen Binnenmarkt erfolgreich zu sein. Wir müssen neue Partnerschaften in Asien, Afrika und im Nahen Osten eingehen, um zukunftsfähig zu bleiben.

Familienunternehmen haben hier einen entscheidenden Vorteil: Sie denken nicht in Quartalen, sondern in Generationen! Sie suchen nicht den schnellen Deal, sondern die langfristige Beziehung. Ein Familienunternehmer, der eine Fabrik in Mexiko oder eine Partnerschaft in Saudi-Arabien eingeht, tut dies nicht für den nächsten Geschäftsbericht, sondern für die nächsten 30 Jahre. Das schafft Vertrauen und macht uns glaubwürdig. Offenheit ist für uns kein Schlagwort, sondern gelebte Praxis.

Zukunft statt Rückzug

Die größte Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist nicht die Globalisierung, sondern die Angst vor ihr. Angst lähmt. Angst baut Mauern. Mut dagegen reißt sie ein. Mut öffnet Räume für Neues. Und Mut hilft, die Zukunft zu gestalten.

Als Unternehmerin sage ich: Wir brauchen mehr Mut. Mut, Grenzen zu überschreiten. Geografisch, technologisch, mental. Mut, Partnerschaften einzugehen. Mut, neue Märkte zu erobern. Nur so bleiben wir wettbewerbsfähig. Nur so bleibt Deutschland ein Land der Chancen, nicht der Abschottung.

Doch Mut braucht auch politische Rahmenbedingungen. Wenn wir Handelsabkommen verschleppen, wenn wir Innovation durch Bürokratie bremsen, wenn wir jungen Unternehmern mehr Fesseln als Chancen geben, dann verspielen wir unsere Zukunft. Wir brauchen ein

Wenn wir Innovationen durch Bürokratie bremsen, wenn wir jungen Unternehmern mehr Fesseln als Chance geben, dann verspielen wir unsere Zukunft

Klima, das Unternehmertum nicht misstrauisch beäugt, sondern es ermöglicht! Nur dann können wir als Gesellschaft die Chancen offener Märkte nutzen.

Ludwig Erhards Prinzipien, die in der Wiederaufbauphase unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg so segensreich wirkten, sind auch heute wie ein Kompass in stürmischer See anzusehen: Freiheit, Verantwortung, Wettbewerb. Erhard war überzeugt, dass wirtschaftliche Freiheit immer an Verantwortung

gekoppelt ist. Gegenüber Mitarbeitern, Konsumenten und der Gesellschaft. Diese Balance macht die Soziale Marktwirtschaft aus, und heute sind diese Werte aktueller denn je.

Freiheit bedeutet Zugang zu Märkten und Ideen. Verantwortung heißt, internationale Regeln einzuhalten, fair zu handeln, Nachhaltigkeit ernst zu nehmen. Wettbewerb schließlich ist die Triebfeder für Innovation – und nur möglich, wenn wir uns nicht hinter Mauern verstecken.

Den Traum verteidigen

Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Werte im Lärm kurzfristiger Parolen untergehen. Denn sie sind es, die Deutschland groß gemacht haben und die unser Land in die Zukunft tragen können.

Der Traum einer Welt ohne Grenzen ist kein nostalgisches Relikt, sondern eine Notwendigkeit. Mauern schaffen keinen Wohlstand. Brücken schon. Grenzen sind keine Schutzwälle, sondern Prüfsteine: Werden wir sie überwinden oder an ihnen scheitern?

Die nächste Unternehmensgeneration hat die Pflicht, diesen Traum weiterzutragen. Wir dürfen nicht leise bleiben. Wir müssen laut, mutig und sichtbar zeigen, dass Offenheit unsere Stärke ist. Damit wir ein gesundes Nationalbewusstsein bewahren, ohne uns einzuengen. Und den Blick nach vorn auf neue Horizonte richten.

Der Traum einer Welt ohne Grenzen lebt, solange wir den Mut haben, ihn Wirklichkeit werden zu lassen. Grenzen sind niemals Antworten, sie sind immer nur Ausreden. Zukunft entsteht dort, wo wir Brücken bauen und Horizonte öffnen.

Die Frage ist nicht, ob wir uns öffnen können. Die Frage ist, ob wir es uns überhaupt leisten können, es nicht zu tun. ■

Frankreich und Deutschland sind mehr denn je aufeinander angewiesen

Vor dem Hintergrund dramatisch wachsender Spannungen in der Welt braucht es den Schulterschluss zwischen Frankreich und Deutschland mehr denn je, meint **Ulrich Schlie**

Mit keinem anderen Partner ist Deutschland durch persönliche Spitzendiplomatie, in Gremien, Institutionen und in der täglichen Kooperation in der europäischen Politik so eng verbandelt wie mit Frankreich. Der Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 ist Symbol dieser Partnerschaft. Zwar hat es von Anfang an Sand im Getriebe gegeben, doch vor allem bis Anfang der 1990er-Jahre können Deutschland und Frankreich auf beeindruckende Erfolge zurückblicken.

Immer wieder haben sie entscheidende Impulse für Europa gegeben. Der Antritt von Donald Trump im Januar 2025, der Krieg im Nahen Osten und die Invasion Russlands in der Ukraine 2022 haben die strategische Lage grundlegend verändert. Deutschland und Frankreich sind füreinander die wichtigsten Partner und können es sich heute gar nicht anders leisten, als in dieser neuen strategischen Lage gemeinsam zu handeln. Bundeskanzler Friedrich Merz und Staatspräsident Emmanuel Macron haben nach den letzten Bundestagswahlen im Februar den Neuanfang in den deutsch-französischen Beziehungen in wiederholten Begegnungen und engen Schulterschluss sichtbar gemacht.

Wenn Deutschland und Frankreich in der Sicherheitspolitik vorkommen wollen, dann müssen sie bei einer gemeinsamen strategischen Analyse anfangen, um so früh wie möglich einen entscheidenden Impuls bei der grundlegenden Orga-



Prof. Dr. Ulrich Schlie
besetzt derzeit die
Henry-Kissinger-Professur
für Sicherheits- und
Strategieforschung an der
Universität Bonn.

nisation und Strategie der Politik der EU zu setzen. Nur so kann es gelingen, in einer von abnehmendem Gewicht und gleichbleibendem Eigensinn der USA unter Führung von Donald Trump geprägten Welt wieder ein interessenbasierter Partner in einer neuen Gewichtung zu werden.

Großer Wurf nötig

Russland wird auf absehbare Zeit eine strategische Herausforderung vor allem für die europäischen NATO-Mitgliedsstaaten bleiben. Die Bedrohung einer Störung des Verhältnisses wird absehbar weiter von Russland ausgehen. Die Sicherheitsprobleme Europas, die sich nach einem Waffenstillstand in der Ukraine für die Europäer stellen werden, hängen mittelbar mit Russland zusammen.

Im Schlepptau des Ukraine-Problems stellen sich weitere Fragen. Wenn wir die Ukraine in die EU aufnehmen, können wir den Staaten des westlichen Balkans nicht die kalte Schulter zeigen. Wenn sich die strategische Lage so grundlegend verändert, wie es heute der Fall ist, dann bedeutet dies, dass auch die EU ihre Strukturen der Entscheidungsfindung grundlegend verändern muss.

Die neue Lage erfordert zudem, dass sich Deutschland und Frankreich so weit wie möglich von US-Systemen unabhängig machen. Dies betrifft die Luftverteidigung mit SAMP/T als Alternative zu Patriot, dies betrifft die ganze Frage der Satellitenkommunikation, und dies betrifft die Frage der nuklearen Teilhabe, die nicht zwingend an die F35-Produktion gekoppelt, sondern beispielsweise auch in der Weiterentwicklung des Eurofighters als Nuklearwaffenträger vorstellbar ist.

Auf der Grundlage einer gemeinsamen Analyse müssen die Streitkräftefähigkeiten neu bewertet und angepasst werden. Dazu zählt im Gefecht der verbundenen Waffen insbesondere eine deutliche Steigerung der Kampfplattformen, eine technologiegetriebene Verteidigung, die in Kampfdrohnen investiert, damit gegnerische Plattformen und Systeme präzise ausgeschaltet werden können. Politik braucht gelegentlich große Würfe und große Gesten. Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, François Mitterrand und Helmut Kohl sind Vorbilder für heute. ■

Irgendwann mit guten
Ideen weiter wachsen.
Oder einfach JETZT.

Die Zukunft wartet nicht. Wer morgen Märkte bewegen will, profitiert heute von der KfW als starke Förderpartnerin.

Jetzt starten: kfw.de/wirtschaftskraft

Bank aus Verantwortung

KFW



Der erste aktive ETF

mit 50 ausgewählten
US-Aktien nach **DJE-Research**

Xtrackers DJE US Equity Research UCITS ETF 1C

Währung: USD | WKN: DBX0WB

➤ dje.de/de/usa-etf



Dies ist eine Marketing-Anzeige. Bitte lesen Sie den Verkaufsprospekt des betreffenden Fonds und das PRIIPs-KID, bevor Sie eine endgültige Anlageentscheidung treffen. Darin sind auch die ausführlichen Informationen zu Chancen und Risiken enthalten. Diese Unterlagen können in deutscher Sprache kostenlos auf www.dje.de unter dem betreffenden Fonds abgerufen werden. Eine Zusammenfassung der Anlegerrechte kann in deutscher Sprache kostenlos in elektronischer Form auf der Webseite unter www.dje.de/de/zusammenfassung-der-anlegerrechte abgerufen werden. Alle hier veröffentlichten Angaben dienen ausschließlich Ihrer Information, können sich jederzeit ändern und stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Auszeichnungen und langjährige Erfahrung garantieren keinen Anlageerfolg.